

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Frauen im Konzentrationslager
Das Moskauer Terrorurteil
Hoffnung auf Sieg in Spanien
Geheimnisse brauner Steuern

Die Brandfackel über Europa

Rüstungstreiberi bis zum Weißbluten. — Verdoppelung der Militärdienstzeit

Hitler hat auf dem Verordnungswege die militärische Dienstzeit in Deutschland auf zwei Jahre verlängert. Das bedeutet die Verdopplung des stehenden Heeres — von 550.000 auf 1.100.000 Mann, wobei der Arbeitsdienst nicht eingerechnet ist. Die Schraube des Wettrüstens wird erbarmungslos weitergedreht.

Diese Maßnahme ist von entscheidender Bedeutung für den künftigen inneren Kurs des Systems. Sie stellt neue gewaltige finanzielle Ansprüche. Sie bedeutet die Zurückweisung aller jener Pläne, die aus finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen eine Verlangsamung des Rüstungstempos vorschlugen. Sie zwingt das System zu neuer verschärfter Ausbeutung der Arbeiterschaft und der ganzen Bevölkerung — damit zur Verschärfung des Terrors. Sie setzt die Ruinierung der Konsumgüterindustrie und der Exportindustrie zugunsten der Rüstungsindustrie fort. Sie bringt mit einem Ruck den Zeitpunkt näher, an dem das System zum Kriege greifen muß, weil es keine Möglichkeit der weiteren Steigerung der Rüstung mehr sieht.

Diese Maßnahme vergiftet aufs neue die internationale Situation. Sie zeigt, daß das System sich nicht mehr an frühere feierliche Erklärungen gebunden hält. Zu diesen Erklärungen gehört die Zusicherung, daß Deutschland seine Heeresstärke nicht über 550.000 Mann bringen werde, ebenso die zeitlich befristete Zusicherung, daß es das Rheinland nicht befestigen werde. In dem Zeitraum, der angeblich der Vorbereitung einer europäischen Friedenskonferenz dienen soll, belastet das braune System die europäische Lage mit einer gigantischen Verstärkung seiner militärischen Macht, die nur zu deutlich den Willen zur militärischen Ueberlegenheit, zur Vorherrschaft in Europa erkennen läßt. In diesem Geiste will es auf die europäische Konferenz gehen.

Nach der Rheinlandbesetzung, nach der demonstrativen Nichtbeantwortung des englischen Fragebogens eine provokatorische Heeresvermehrung, die namentlich in Frankreich als Kundgebung für den Willen zum Ueberfallkrieg, zur Diktatur über Europa angesehen wird. Das ist die Antwort des braunen Systems auf den ausgesprochenen eindeutigen Friedenswillen der westeuropäischen Demokratien. Statt des Friedens eine Rüstungstreiberi bis zum Weißbluten, die verstärkte Kriegsgefahr bedeutet! Statt der Abrüstung eine Aufrüstung, die nahezu schon Mobilmachung ist.

Das ist das wahre Gesicht des braunen Systems, das nach der Olympiade die Maske abwirft!

Für Spanien

Internationale Arbeitersolidarität

Die Streitkräfte der republikanischen spanischen Regierung setzen ihre erfolgreiche Verteidigung gegen die konterrevolutionäre Militärrebellion fort. Die europäischen Mächte haben sich untereinander verpflichtet, keine Waffen nach Spanien zu liefern. Alle Beobachter stimmen darin überein, daß die Regierung siegen werde, wenn den Rebellen keine Waffen mehr geliefert werden. Diese günstige Wirkung der Liefersperre hängt von zwei Voraussetzungen ab: 1. daß die Waffensperre eingehalten wird; 2. daß die Rebellen nicht inzwischen im großen Stile bewaffnet worden sind.

Die Einhaltung der Waffensperre gegen die Rebellen zu überwachen, ist die Pflicht der Arbeiter aller Länder. In England, Frankreich und Belgien hat die Arbeiterschaft Beispiele der Solidarität gegeben. Sie hat den Abgang von Waffentransporten für die Rebellen verhindert, sie hat, wie in der De Havilland Company — einer englischen Flugzeugfirma, von der Flugzeuge zu den Rebellen gegangen waren — durch ernste Vorstellungen die Zusicherung der Nichtlieferung erreicht. Diese Kontrolle durch die Arbeiterschaft ist um so notwendiger, als die reaktionären Kreise aller Länder mit den Rebellen sympathisieren. So hat der »Daily Herald« enthüllt, daß Finanziere in der City von London Sammlungen für die Rebellen eingeleitet haben.

Darüber hinaus aber beweisen die Arbeiterparteien dem spanischen Freiheitskampf praktische Solidarität. In einer Sitzung der Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Paris wurde festgestellt, daß der Aufruf der beiden Internationalen zur Solidarität prachtvolle Aufnahme gefunden habe. Nach Berichten von Jouhaux und de Brouckère, die aus Spanien zurückgekehrt sind, hat diese Sitzung eine gewisse Anzahl von Maßnahmen getroffen, die dem Interesse der für ihre Republik kämpfenden spanischen Arbeiter entsprechen.

Hoffnung auf Sieg

Der spanische Ministerpräsident Giral hat dem »Daily Herald« Erklärungen abgegeben, in denen es heißt:

»Ich bin mit dem Verlauf des Krieges mehr als zufrieden. Ich habe große Hoffnungen. Es ist ein Krieg, ein überaus ernster Bürgerkrieg, aber ich habe große Hoffnungen, daß er in nicht allzulanger Zeit vorüber sein wird. Wenn wir gesiegt haben werden, so wird das unmittelbare Ergebnis ein großer Fortschritt in den sozialen Bedingungen des Volkes sein. Ich bin mit der Zusammenarbeit von Sozialisten, Kommunisten und Syndikalisten absolut zufrieden. Sie sind in ihren Forderungen nie über das Programm der Volksfront hinausgegangen und ihre Unterstützung ist der Regierung gegenüber absolut loyal gewesen. Die Regierung ist eine ausschließlich republikanische Regierung, und sie wird es bleiben.«

Von Korruption zerfressen!

Nach Kube — Görlitzer

Der Berliner stellvertretende Gauleiter Görlitzer ist im Zusammenhang mit dem Kubeskandal verhaftet worden. Auch er wird schlimmster Korruption bezichtigt.

Der Kassenverwalter Rottenhofer der Gauverwaltung Köln der Arbeitsfront ist nach Unterschlagung von 80.000 Mark geflohen.

Neue Terrorurteile

Die Gestapo in Hamburg beginnt bereits jetzt noch bevor das Todesurteil gegen Edgar André bestätigt ist, die im Prozeß aufgetretenen Entlastungszeugen in Konzentrationslager einzuliefern. Bekannt wurden die beiden Fälle der Zeugen Paul Tastesen und Anton Saefkow aus Hamburg.

Neben dem Prozeß André wurde vor den Hamburger Gerichten zu gleicher Zeit eine Serie weiterer politischer Prozesse erledigt.

So wurden allein am 28. Juli von einem Hamburger Gericht 12 Angeklagte: Jürgensen, Kappelmann, Thomsack, Niethe, Büsen, Rathenau, Okon, Sänger, Homan Falkenhagen, Schmidt, Dyrkopp, Bieber, Fölster, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Keine Zeitung berichtete auch nur mit einem Worte von dem Urteil. Die Form der

Verhandlungsführung ist bedingt durch die Masse der Inhaftierten, die abgeurteilt werden sollen. Die Norm ist: 1. Tag Vernehmungen zur Person, 2. Tag Anklage und am 3. Tag wird meistens bereits das Urteil gefällt. Die Verteidiger sind in sämtlichen Prozessen offiziell verteidigt. Der größte Teil der bisher Abgeurteilten wurde in das Gefängnis nach Ronsburg transportiert, dessen Belegschaft in ganz kurzer Zeit von 400 auf 1000 Gefangene gestiegen ist.

Es befinden sich sehr viele Frauen unter den Abgeurteilten. So erhielt z. B. eine Frau Hufmann 3 Jahre Zuchthaus, eine Frau Schmidt 2 Jahre.

Willkürliche

Strafverlängerung

Aus Deutschland wird jetzt der zweite Fall offiziell gemeldet, in dem ein politischer Gefangener nach Verbüßung seiner Strafzeit in Sicherheitsverwahrung genommen wurde. Der erste Fall im Mai d. J. betraf den Kommunisten Rückert, der im Zusammenhang mit dem Totschlag an Horst Wessel noch vor Hitlers Machtergreifung zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Der zweite betrifft ebenfalls einen Kommunisten, der nach der »Fr. Ztg.« im November 1931 wegen Ueberfalls auf Nationalsozialisten (das Nähere wird nicht angegeben) in Düsseldorf fünf Jahre Zuchthaus erhielt und jetzt seine Strafzeit verbüßt hat. Er soll mehrfach vorbestraft sein, ob wegen politischer oder krimineller Delikte, geht aus der Meldung nicht hervor. Jedenfalls beantragte der Staatsanwalt gegen ihn jetzt nachträglich die Anordnung der Sicherheitsverwahrung und die Große Strafkammer Düsseldorf entschied entsprechend.

Man sieht aus diesen beiden Fällen: Systematisch wandeln die braunen Machthaber, die unter der Weimarer Republik verhängten zeitlichen Freiheitsstrafen in lebenslängliche um (denn das bedeutet die Anordnung der Sicherheitsverwahrung praktisch), und zwar geschieht das, wenn das Rachemotiv wegen Verletzung eines der ihren im Vordergrund steht.

Diese nachträgliche willkürliche Straferhöhung bildet das würdige Seitenstück zu den Strafgesetzen mit rückwirkender Kraft, die den Täter einer zur Tat noch gar nicht angedrohten Strafe belasten.

Ein Szenenwechsel

Nach dem Panthersprung das neue Rüstungsprogramm

Das braune System hat plötzlich die Richtung seiner hysterischen außenpolitischen Aktivität gewechselt. Es bekennt sich zum Prinzip der Nichteinmischung in Spanien, es erläßt ein Ausfuhrverbot für Waffen nach Spanien, es stimmt seine künstliche Entrüstung über den Fall des Dampfers »Kamerun« herab. Das Spanienabenteuer des neudeutschen Imperialismus wird in die zweite Linie gestellt.

In die erste Linie kommt statt dessen wieder die provokatorische Rüstungspolitik: Verlängerung der Dienstzeit auf zwei Jahre, Versuche zur Bildung militärischer Allianzen in Mitteleuropa, die Befestigung des Rheinlands.

Das spanische Abenteuer des braunen Systems war ein mindestens so gefährliches Spiel mit dem Feuer wie seinerzeit der Panthersprung nach Agadir. Es war geradezu eine Kopie dieser wilhelminischen Glanzleistung. Man muß annehmen, daß der auf den Obersalzberg befohlene Admiral Raeder seinem »Führer« einen instruktiven Vortrag darüber gehalten hat, welche Wirkungen es haben könne, wenn er es wirklich zu einem offenen Konflikt in der Nähe von Gibraltar treiben würde, und daß die deutschen Schiffe wohl geeignete Instrumente gegen die schwachen spanischen Regierungsschiffe sind, nicht aber gegen englische und französische Schiffe. Die deutsche Presse hat eben noch auf Befehl laut über den Fall des Dampfers »Kamerun« losgeheult. Spanische Regierungsschiffe haben ihn angehalten und festgestellt, daß er Benzin für die Rebellen mit sich führte. Deswegen wurde die spanische Regierung eine Anarchistenbande, eine Piratenrotte genannt. Deswegen wurde im Stile Wilhelms II. mit Selbsthilfe, mit Eingreifen der deutschen Flotte gedroht. Jetzt ist das alles mehr in den Hintergrund gerückt, und Hitler hat sich bequem, den Vorschlag der Nichteinmischung anzunehmen. Die nationalistisch aufgeregte braune Presse muß sich wieder abgeben.

Aber Mussolini war noch rascher: Er hat früher noch als Hitler den Nichteinmischungsvorschlag angenommen, und diese Tatsache ist es gewesen, die die Annahme durch Hitlerdeutschland nach sich gezogen hat. Warum hat Mussolini, der wahre Hintermann Francos und dessen bester Lieferant, es plötzlich eilig gehabt? Hält er Franco für hinreichend versorgt oder hält er die Sache der Rebellen bereits für verloren? Oder ist er über die wahren Absichten seines Bundesgenossen Hitler unruhig geworden?

Hier verknüpft sich das spanische Abenteuer der beiden Faschistenführer mit dem mitteleuropäischen Problem. Die Ansprüche Deutschlands und Italiens in Mitteleuropa sind keineswegs schiefling-friedlich verteilt worden. In Oesterreich ist ein erbittertes unterirdisches Ringen zwischen dem deutschen und dem italienischen Einfluß im Gange, ebenso in Ungarn. In Ungarn sind die Dinge noch offener als in Oesterreich. Mussolini will den Ministerpräsidenten Gömbös durch Bethlen ersetzen, aber Hitler ist für Gömbös, den Freund Görings. Die deutsche Propaganda bearbeitet Jugoslawien auf das stärkste mit deutlicher Spitze gegen

Der Moskauer Terrorprozeß

Der blutige Machtkampf um die Nachfolge Lenins

Italien. Sie rechnet Jugoslawien vor, daß der italienische Imperialismus ein Lebensinteresse an der Loslösung Kroatiens habe, und sie will mit solchen Argumenten erzielen, daß sich Jugoslawien in die Arme Hitlerdeutschlands wirft. Die Dauerberatung des braunen Systems mit den Balkanherrschern und Diplomaten, der Besuch Horthys bei Hitler — welche historische Begegnung übrigens zwischen diesen beiden Männern des gegenrevolutionären Terrors — die Sondierungen über die Herstellung einer deutsch-österreichisch-ungarischen Militärrkonvention — das alles zeigt das Streben des braunen Systems nach der Vorherrschaft auf dem Balkan, das sich mit dem gleichen Streben Mussolinis keineswegs verträgt.

Diese Treibereien auf dem Balkan sind ein ebenso gefährliches Spiel wie die Machenschaften gegen das republikanische Spanien. Sie werden von den Staaten der Kleinen Entente mit großem Ernst betrachtet. Die verlogene, brandstiftende Propaganda des ungarischen Revisionismus ist in diesen Tagen von der »Prager Presse« mit großer Ruhe aber noch größerem Nachdruck zurückgewiesen worden, und die Interventionslust gewisser deutscher und englischer Revisionspolitiker in die innerstaatlichen und territorialen Verhältnisse der Nachfolgestaaten ist eine deutliche Deklaration des tschechoslowakischen Staatspräsidenten entgegengesetzt worden. Die abenteuernde hysterische Politik des Dritten Reiches muß erkennen, daß die Machtfrage noch keineswegs für den großen Putsch reif ist.

Daher die Fortsetzung der Aufrüstung in verstärktem Tempo. Zur Begründung der Verlängerung der Dienstzeit, die auf eine glatte Verdoppelung des stehenden Heeres in Deutschland hinausläuft, muß wieder das bolschewistische Gespenst erhalten. In den Tagen vor der Verkündung der Hitlerverordnung über die Verlängerung der Dienstzeit hat sich die nationalsozialistische Presse geradezu überschlagen in der Hetze gegen Sowjetrußland. Im Deutschen Nachrichten-Büro konnte man lesen:

»Man hat Kronstadt das »rote Malta« genannt. Hier bereitet sich die Flotte des Weltbolschewismus auf den Tag vor, an dem sie nach dem Willen Stalins und der Komintern im Dienste der Weltrevolution auslaufen soll.«

Der »Völkische Beobachter« schrieb am 21. August:

»Aus allen frechen Provokationen menschlicher Moral und europäischer Kultur durch die Greuelparolen der Moskauer Agenten wird klar und deutlich, daß man dort jetzt den direkten Wunsch hat, den spanischen Bürgerkrieg zum Anfang eines bolschewistischen Weltbrandes zu machen. Im Hintergrund steht darauf wartend die rote Armee, um ihren Marsch gegen die letzten Staaten der europäischen Ordnung und Zivilisation anzutreten.«

Die letzten Staaten europäischer Ordnung und Zivilisation — das sind offenbar die Despoten Hitlers und Mussolinis! Aber: den bolschewistischen Sack schlägt man und den englischen und französischen Esel meint man. Wenn die deutsche Diktatur aus ihrem spanischen Abenteuer den Schluß zieht, daß sie noch stärker rüsten muß, so heißt das: wir wollen so stark werden, daß uns bei einem künftigen Abenteuer nicht mehr Frankreich, aber auch nicht mehr England hemmend in den Weg treten kann. Darüber ist nicht der mindeste Zweifel möglich. Wir haben kürzlich vorausschauend bemerkt, daß schließlich bei der braunen Propaganda selbst ein Mann wie Sir John Simon es noch zum Bolschewisten bringen könne. Nun, heute ist es soweit. Dieselbe Propaganda, die mit wilder Bolschewistenhetze Begleitmusik zu der neuen deutschen Heeresverstärkung macht, fällt wütend über die Männer des englischen Liberalismus und der englischen Demokratie her, die angesichts der Rebellion der spanischen Faschisten an die große demokratisch-liberale Tradition Englands erinnern — und das sind die angesehensten Männer Englands. Sie nennt sie (siehe »Völkischer Beobachter«) »Salonbolschewisten liberaler Prägung, Klubsesselspartakisten«.

Ist die Zweckbestimmung der neuen Aufrüstung nicht klar? Sie dient dem Angriff auf alles, was in Europa mit dem Ideen der Freiheit und der Demokratie verknüpft ist, sie soll freie Bahn schaffen für die wahnwitzige Politik imperialistischer Abenteuer und Brandstiftung.

Auf Grund des Urteils des außerordentlichen Gerichts in Moskau 13 Kommunisten erschossen worden, unter ihnen führende Mitglieder der alten kommunistischen Garde und ehemalige höchste Staatsfunktionäre, wie Kamenew, Sinowjew und Smirnow.

Mit einem neuen Prozeß und Erschießung sind bedroht weitere alte Kommunisten, wie Bucharin, Rykow, Sokolnikow, Radek. Der alte Kommunist Tomski hat Selbstmord begangen.

Das Stalinsche Regime kündigt einen Ausrottungsfeldzug gegen die gesamte Opposition an. Höchste Staatsfunktionäre und höchste Offiziere, sowie Großwürdenträger der Partei werden damit bedroht. Es ist das Ende der alten Bolschewiki.

Der Moskauer Prozeß hat die Blicke der Welt auf die innere Struktur des Sowjetregimes gelenkt. Von allen großen politischen Prozessen, die seit der Entstehung des Sowjetregimes in Rußland geführt worden sind, ist dieser der aufwühlendste. Alle diese Prozesse, denen durch großzügigste Propagandamethoden eine gewaltige Resonanz in Rußland gegeben worden ist, haben nach außen hin nicht propagandistisch für die Sowjetunion gewirkt. Es war dies auch nicht ihre Zweckbestimmung. Auch dieser Prozeß ist eine innere Angelegenheit des Sowjetregimes. Das schließt nicht aus, daß aus ihm Schlüsse auf die Stabilität und Kontinuität der gegenwärtigen Herrschaft in Sowjetrußland gezogen werden und daß er auf die europäische Stellung der Sowjetunion zurückwirken kann. Er trägt alle Merkmale der bisherigen politischen Prozesse in Sowjetrußland, einer Gerichtsbarkeit in einem Diktatorlande, die verurteilt, aber keine restlose öffentliche Klärung hinterläßt.

Es ist charakteristisch, daß die ganz allgemeine Frage außerhalb Sowjetrußlands diesem Prozeß gegenüber nicht ist: »Wo ist Recht und Unrecht, was ist Wahrheit?«, sondern daß sie lautet: »Was sind die Motive? Welcher Zweck soll mit diesem Prozeß erreicht werden?« In der Tat sind die Begriffe Recht und Unrecht auf diesen Prozeß nicht anwendbar. Die Verurteilten waren weder im Recht noch im Unrecht. Ihr Unrecht bestand lediglich darin, daß sie die Schwächeren waren. Denn dieser Prozeß ist nichts anderes als der blutige Abschluß eines Machtkampfes, der nach Lenins Tod über ein Jahrzehnt geführt worden ist. Es warder Kampf um die Nachfolge. Lenin hatte eine natürliche Autorität. Dank seiner natürlichen Autorität und dank seiner überragenden politischen Klugheit vollzogen sich Meinungsbildung und Entschlußfassung in der russischen kommunistischen Partei — zumindestens in ihrer

führenden Schicht, in demokratischen Formen, die einen Kampf auf Tod und Leben um Streitfragen verhinderten. Nach seinem Tode ist die führende Schicht der KPR zerrissen worden von wilden persönlichen Machtkämpfen. Verschiedene Gruppen und Anwärter um die Herrschaft kämpften gegeneinander mit den Mitteln der innerparteilichen Konspiration und des Terrors. Die Verurteilten des Moskauer Prozesses sind nicht weniger diktatorisch gesinnt als die Freunde Stalins, sie haben zum Teil nicht weniger nach der Alleinmacht und der Vernichtung der anderen gestrebt.

Dieser Kampf um die Herrschaft ist mit Theorien und Verhüllungsideologien umgeben worden. Verschiedene Plattformen, der Kampf um die sogenannte Generallinie, die Taktik in verschiedenen außenpolitischen Fragen, die Verteilung des Schwergewichts zwischen Arbeitern, Bauern und kommunistischer Partei haben in diesem Kampfe eine große ideologische Rolle gespielt. Aber die Politik des Stalinschen Regimes war weitgehend zwangsläufig, von großen gesellschaftlichen Notwendigkeiten bestimmt. Ein anderes Regime — ein Regime Trotzki-Sinowjew z. B. — hätte in der großen Linie sich den gleichen Notwendigkeiten beugen müssen. Die Stalinsche Generallinie enthält so sehr wesentliche Elemente der Trotzkiischen Plattform, daß aus der Sache nicht klar wird, warum dieser unerbittliche Kampf geführt werden mußte. Das ist es auch, was die großen Auseinandersetzungen, die Kämpfe in der russischen kommunistischen Partei den Beobachtern von außen fast unverständlich gemacht hat. Der Streit um Theorien, um die Geschichtsschreibung, um die Auslegung der Geschichte, um die Auslegung der Lehre Lenins — alles das verhüllte nur den persönlichen Machtkampf, der um die Kommandohöhen der Partei geführt wurde. Es ist ein erbitterter, erbarmungsloser, haßerfüllter Kampf gewesen, in dem Parteiausschluß, Verhaftung, Verbannung, Existenzvernichtung, Mord und Selbstmord ihre Rolle gespielt haben. Das innere Gesetz der Parteidiktatur und der Diktatur in der Partei, die Abwesenheit jeder wirklichen Selbstverwaltung und die damit verbundene zentrale bürokratische Diktatur, die Abwesenheit einer öffentlichen Parteimeinung, das innere Gesetz der neuen Bürokratie — alles dies hat in den Jahren des Kampfes zugunsten Stalins gewirkt. Er hat eine Opposition nach der anderen rücksichtslos niedergeworfen. Ein Teil der Männer, die das Todesurteil getroffen hat — so Sinowjew — haben in den ersten Phasen dieses Machtkampfes gemeinsame Sache gemacht mit ihm zur Vernichtung Trotzki's, mit dem sie sich später gegen Stalin verbündet haben, und mit dem gemeinsam sie jetzt

die tödliche Anklage traf. Das innere Gesetz der Diktatur und des Terrors, das sie alle bejahen, hat gegen sie und für Stalin entschieden.

In der gegen sie erhobenen Anklage ist viel propagandistische Erfindung. Aber die Hauptanklage ist wahr. Sie haben auf den Terror des Siegers und des Mächtigen, des Herrschers über die Staatsgewalt, mit dem Terror der Besiegten, der Schwachen und Verzweifelten antworten wollen und geantwortet. Die Ermordung Kirows war eine innere Angelegenheit der kommunistischen Partei. Die Unterlegenen, rechtlos gemacht, ohne Möglichkeit, auf die Partei einzuwirken, sind zur blutigen Antwort auf ihre Unterdrückung übergegangen. Kamenew hat diesen Schritt vor Gericht begründet: »Weil die blutige Konzentrierung der Macht in Stalins Händen zum Verderben führen müsse.« Die Ermordung Kirows ist vor zwei Jahren geschehen. Seitdem ist ein Teil der Angeklagten in Haft. Was seitdem im Lande geschehen ist, ist undurchsichtig. Aber der Prozeß selbst enthält, wie ein Beobachter mitteilt, »ein wirres, die ganze Sowjetunion umspannendes Netz von allerlei Verschwörergruppen verschiedener geistiger Herkunft, deren gemeinsames Ziel die Beseitigung Stalins gewesen zu sein scheint«. Ein solcher Zustand ist alarmierend für ein diktatorisches System, und es ist ganz offenkundig der Zweck des Prozesses, eine mögliche Terrorwelle gegen die Spitzen des Systems auszutreten. (Terrorwellen gegen mindere Funktionäre hat es immer gegeben.) Zu diesem Zwecke soll gleichzeitig alle einstige und jetzige und alle in der Zukunft mögliche Opposition zertreten werden, ohne Rücksicht auf ihre Parteitradition, ihre Verdienste um die Revolution, ohne Rücksicht darauf, ob sie in terroristische Pläne verstrickt war.

Das Auftreten des individuellen Terrors aber zeigt immer, daß ein System nicht in Ordnung ist. Der Terror ist keine normale Oppositionsform — er ist geknüpft an diktatorische und autokratische Systeme. Die Sowjetregierung hat vor kurzem eine neue Verfassung dekretiert. Auch diese Verfassung läßt völlig unklar, wie sich normale Oppositionsformen entwickeln können, sie läßt vollkommen unberührt, wie innerhalb der kommunistischen Partei andere Meinungen als die von den Kommandohöhen der Partei vertretenen verteidigt und durchgesetzt werden können. Das Austreten des Terrors allein heilt das Uebel nicht. In der Tatsache, daß Kommunisten gegen Kommunisten mit terroristischen Mitteln kämpfen, und vor allem in dem blutigen Ausgang dieses Machtkampfes, liegt eine Verurteilung des Systems der Parteidiktatur und der Despotie in der Monopartei.

„Dumpfes oder bequemes Schweigen“

Selbst manchem Großverdiener des Dritten Reiches geht die deutsche Kirchhofstille langsam auf die Nerven. Es wird nicht mehr debattiert oder beraten, es wird gehorcht — im Reichstag genau so wie in der kleinsten Gemeindevertretung. Die Untertanen dürfen den strammstehenden »Volksvertretern« beim Gehorchen zusehen und ihren Groll in sich hineinfressen. Die Angst, dieser Groll könnte sich eines Tages entladen, veranlaßt wohl den ehemaligen Sparkommissar, jetzigen Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler, zu folgender Meckerei in der »Deutschen Presse«:

»Die Gemeinderäte werden nicht mehr gewählt, sondern berufen. Die Gefahr ist also groß, daß die Bürger den auf Vorschlag der Gemeinderäte berufenen Bürgermeister und die ebenso berufenen Beigeordneten nicht mehr als Männer ihres Vertrauens empfinden könnten. Wenn die Beratungen der Gemeinderäte so erfolgen, daß nur die Tagesordnung aufgerufen und womöglich überhaupt kein Bericht erstattet wird, dann kann auch die beste Berichterstattung der Presse kein Interesse der Öffentlichkeit für solche Beratungen erwecken. Das Interesse der Öffentlichkeit ist nur mit einem echten Funken zu erwecken und dauernd lebendig zu erhalten, und dieser echte Funke heißt: »Freie Meinung.« Solange und soweit die Öffentlichkeit das Gefühl hat, daß die Männer, die da sitzen, nicht ihre Meinungen sagen, sondern nach irgendeiner vorgefaßten oder gar zugewiesenen Auffassung handeln, solange

wird für die Handlungen der Gemeinderäte kein wahrhaftes Interesse sich einstellen.

Der Gemeinderat muß wissen, daß, wenn er schweigt, er nicht nur zustimmt, sondern für die Zukunft auch moralisch des Rechtes der Kritik beraubt ist.

Es ist geradezu Aufgabe des Bürgermeisters, in den Gemeinderäten die Ueberzeugung wirksam werden zu lassen, daß dumpfes oder bequemes Schweigen von jedem betätigt werden kann, und daß der Staat viel mehr Gefahr läuft durch solches Schweigen als dadurch, daß in einer Gemeinde die Geister aufeinanderplatzen und sich klären.«

Und alles, was hier den Gemeinden vorgeworfen wird, ließe sich wortwörtlich auf den deutschen Reichstag beziehen, in dem die braunen Abgeordneten für ihre guten Diäten bestenfalls einmal jährlich »Heil« rufen dürfen. Aber hier zieht auch der meckernde Goerdeler »dumpfes oder bequemes Schweigen« vor — denn alles andere wäre lebensgefährlich.

Mehr Feierschichten!

Obwohl im deutschen Steinkohlenbergbau die Zahl der Beschäftigten im Monat Juli nur eine ganz geringfügige Erhöhung erfahren hat, haben die eingeleiteten Feierschichten eine Vermehrung erfahren. Wissen die Angabener der Wirtschaftsgruppe im Juni je Arbeiter durchschnittlich nur 0,76 Feierschichten aus, so im Juli 1,26.

In Wirklichkeit wird der Umfang der Feierschichten noch etwas größer sein, da die arbeitstägliche Förderung im Ruhrgebiet und im Saargebiet im Vergleich zum Vormonat im Juli einen stärkeren Rückgang aufweist.

10.000 Tote — 200.000 Verletzte!

Seit einiger Zeit wird wöchentlich die Zahl der sich im Deutschen Reich ereignenden Verkehrsunfälle veröffentlicht. Sie ist überraschend groß: in jeder Woche werden durchschnittlich 160 Personen getötet und einige tausend verletzt.

Das Statistische Reichsamt hat jetzt für das zweite Vierteljahr 1935 eine Uebersicht der Straßenverkehrsunfälle veröffentlicht. Die Gesamtzahl der Unfälle ist gegenüber dem ersten Vierteljahr um 44 Prozent gestiegen und betrug 72.500! Bei diesen Unfällen kamen 2300 Personen um ihr Leben und 49.765 wurden verletzt.

Auf ein Jahr umgerechnet werden also in Deutschland nahezu 10.000 Personen auf der Straße durch Verkehrsunfälle getötet und rund 200.000 verletzt!

Diese erschreckend hohe Unfallziffer ist auf die überstürzte Motorisierung zurückzuführen, für die sich die Verkehrswege in Deutschland als »keineswegs ausreichend erweisen. In der Uebersicht selbst wird darauf verwiesen, daß 55 Prozent der Verletzten bzw. getöteten Personen Opfer von Verkehrsunfällen in Landgebieten geworden sind. Außerdem wird die starke Vermehrung der Unfälle in Landgebieten infolge übermäßiger Fahrgeschwindigkeit hervorgerufen. Das Rasen der SS-Wagen ist eine bekannte Landplage.

10.000 Tote und nahezu 200.000 Verletzte als Opfer des Straßenverkehrs — das ist ein Rekord, um den niemand das Dritte Reich beneiden wird!

Das Sündenregister des gestrandeten Oberpräsidenten und Gauleiters der Kurnark wird wohl nie bekanntgegeben werden. Was er gestohlen, verjurt, verhört hat, darüber wird das Gericht — wie in allen ähnlichen Fällen — hinter geschlossenen Türen verhandeln. Ausschluß der Gerichtsöffentlichkeit wegen Gefährdung der »Staatssicherheit«. Wirklich, — was bliebe auch übrig von diesem System, wenn die wahre Gestalt seiner Halbgötter schonungslos der Öffentlichkeit enthüllt würde!

Nur einmal hat das System sich genötigt gesehen, einen Zipfel des Vorhangs zu lüften, der seine korrupte Fäulnis profanen Blicken verhillt: das geschah zur Rechtfertigung des Schlachtens vom 30. Juni 1934, und die Schlichter täuschten sich in der psychologischen Wirkung nicht: das Publikum übersah, daß zwischen ihnen selber und ihren Opfern nicht der geringste Unterschied der Veranlegung und Mentalität bestand, daß die ermordeten Röhm, Ernst oder Heines keine größeren Schweinhunde waren als z. B. jener Oberpräsident Kube, der am Morgen nach der Tat seinem Führer ein hüdnisch-schweifwedelndes Glückwunschtelogramm sandte!

Welche Orgien, Unterschlagungen, Fälschungen dieser Mann im einzelnen auf dem Gewissen (Verzeihung für das Wort!) hat, ist im Grunde ziemlich belanglos. Wir wissen, wie viel zusammen kommen muß, damit die »verschorene Bandee, wie sie sich selber zu nennen beliebt, einen der Ihren fallen läßt. Wir wissen aber auch das: Kube ist nach Natur und Wesen kein anderer als Streicher, als Ley, als Kaufmann, als Himmeler, als Koch, als Sprenger, als Weinrich, als Freisler, als Kerri oder drei Dutzend andere der Führer-Garde, deren Namen man beliebig ergänzen mag.

Allen diesen konnte man nämlich, was sie sind, längst anmerken, bevor sie an die Macht kamen. Es gibt ein psychologisches Grundgesetz, das im Dasein tausendfältige Bestätigung findet, nämlich: der Charakter jedes Individuums weist eine gewisse Grundanlage auf, die sich immer wieder, in allen Ausstrahlungen der Persönlichkeit ausdrückt. Auf welchem Sachgebiet das Individuum auch tätig sein mag, — die Art, wie es seine Aufgabe auffaßt und durchführt, wird immer die gleiche, wird die seiner charakterlichen Grundveranlagung entsprechende sein.

Es ist ein — vielleicht weitverbreiteter, nichtsdestoweniger verhängnisvoller Irrtum, der da meint, jemand könne als Politiker ein gemeiner Fetzen, ein Schandmaul, ein Verleumder, sonst aber ein sehr honetter und achtenswerter Mensch sein. Ein Mensch ist nicht nur auf einem Gebiete schlecht. Er ist entweder anständig oder unanständig und dann in allem was er beginnt. Fehlen also einem Redner die sittlichen Hemmungen, lügt, fälscht und verdreht er ungeniert, um seinen politischen Gegner aus dem Feld zu schlagen, so wird er das mit hundertprozentiger Sicherheit überall im Leben tun, wo es um sein eigenes Vorwärtkommen geht.

Einen Kube, brauchte man nur ein einzigmal reden zu hören, um die absolute moralische Hemmungslosigkeit vom Munde abzulesen. Von kleinerem Gesoz, wie dem Borkumer Narbenbeschauer Milchmeyer, oder Kubes schon vor ihm gestürzten Kumpan Schulze-Wechsungen gar nicht zu reden. Den letzteren hörten wir einmal mit einem jüdischen Redner sich auseinandersetzen. Seine Argumentation: Der Jude habe hier überhaupt nicht zu reden, denn ein Jude sei kein Deutscher: ein Esel, der zufällig in einem Pferdostall zur Welt käme, bleibe ein Esel und werde kein Pferd. All das in kribelndem Leutnantentone. Ueber niederste Gemeinheiten kam er nicht hinaus. Die kritiklosen ländlichen Zuhörer jauchzten. (Sie amüsierten sich ja auch ködlich, wenn sie in den »Fliegenden« die schlagfertigen Antworten des angeklagten Strolches vor Gericht lesen.)

Kube war nichts anders: Arroganz und Schamlosigkeit verband er mit einem nicht alltäglichen Lautsprecherorgan. Nie zuckte sein Gesicht, auch nicht bei der dreistesten Lüge, deren sich der Sprecher unbedingt bewußt sein mußte. Nie errötete er über seine eigene Doppelzüngigkeit, über seine ungenierten Umfälle, wenn z. B. jast er, der noch i. J. 1926 als Völkischer die republikanische Polizei um Hilfe gegen die ihn bedrohenden Naziorden angebettelt hatte, wenn derselbe Kube, zwei Jahre darauf jedes Vorgehen der Polizei gegen randalierende SA mit Stentorstimme als »System Metterniche« verdonnerte.

Wir möchten dies Demagogentum an einem Beispiel analysieren. In einer der letzten Sitzungen des preußischen Landtags, als die Nazis sich bereits rücksichtslos als Sieger hümeln, beruft ein Redner der bürgerlichen Mitte sich darauf, man habe doch, als die

Frauen im Konzentrationslager

Bericht aus dem Frauenlager Moringen

Das Konzentrationslager Moringen, im Sollinggebiet bei Northeim (Provinz Hannover) ist — angeblich — das einzige Frauen-Konzentrationslager. Es ist in dem dort befindlichen Landesarbeitshaus der Provinz Hannover untergebracht, das einen großen Gebäudekomplex darstellt.

Im Arbeitshaus sind vorwiegend Männer, mehrere hundert insgesamt, die aber streng von den inhaftierten Frauen getrennt sind. Die Frauen sind in einem Seitenflügel des Grundstückes untergebracht. Der Gebäudekomplex macht einen depressierenden, traurigen Eindruck. Es ist ein rotes Backsteingebäude, zwei Etagen hoch, die Fenster natürlich schwer vergittert.

In diesem Haus befinden sich etwa hundert Frauen. Davon gehören rund dreißig zum eigentlichen Arbeitshaus. Es handelt sich dabei um kriminelle, Prostituierte usw., die in der ersten Etage des Gebäudes untergebracht sind.

Im Konzentrationslager selbst befinden sich gegen 70 Frauen. Etwa 12 sind Jüdinnen, alle anderen sind aus politischen Gründen inhaftiert. Es sind darunter fünf Sozialdemokratinnen, die übrigen sind Kommunistinnen.

Mit Ausnahme von einigen wenigen Frauen, die in Einzelräumen liegen, sind alle anderen in zwei Gemeinschaftsschlafsälen untergebracht, die 25 bzw. 35 Personen Schlafgelegenheit bieten. Zumeist sind zwei Betten übereinander angebracht. Als Betten dienen Strohsäcke, mit Leinen überzogen. Zum Zudecken werden Decken geliefert. Die Schlafräume sind nicht heizbar. Obwohl die Schutzhäftlinge im Winter vier Decken erhielten, war die Kälte fast unerträglich. Sie haben ständig gefroren und sich Krankheiten geholt. Obwohl es im Mai noch sehr kühl war, wurde den Frauen schon zu dieser Zeit die beste Schlafdecke entzogen, so daß sie auch dann noch froren.

Die Gefangenen müssen sich mit Ausnahme des Spazierganges im Gemeinschaftsraum aufhalten. Er ist für die Frauen (die Jüdinnen haben einen Extra-Raum) viel zu klein. Es sind fünf Tafeln als Tische aufgestellt, die Frauen sitzen, Ellbogen an Ellbogen, drum herum. Diese Beengung, dieses ewige Zusammensitzen mit den vielen anderen Leidensgefährtinnen, die Hoffnungslosigkeit und die Sorge um die Familie zermürben die Frauen seelisch ganz außerordentlich. Wieder-

holte waren Nervenzusammenbrüche die Folge.

Für einen Teil der Frauen bedeutet die Anbringung eines Radio-Lautsprechers einige Abwechslung, anderen dagegen wieder zerrt es noch mehr an den Nerven. Vielfach sind es Mütter, die mehrere Kinder daheim haben, oder, noch schlimmer, deren Kinder zwangsweise in Erziehungsanstalten überführt wurden. Einer Anzahl Frauen, die in Moringen sitzen, wurde der Mann von den Nazis ermordet oder hingerichtet, kaum eine Frau ist da, deren Mann nicht im Gefängnis oder Zuchthaus sitzt oder auf das Urteil wartet. Anfang des Jahres sind — in drei Schüben — eine größere Anzahl Frauen und Mädchen aus Bayern gekommen, darunter viele Mädchen, 1933 erst 17 Jahre alt, die jetzt seit drei Jahren in den Konzentrationslagern sitzen!

Alle Mädchen, Frauen und Mütter sind unschuldig, gegen sie ist kein Urteil ergangen, — dann wären sie ja im Gefängnis oder Zuchthaus — sie sind im Ungewissen über ihre Zukunft, den Termin ihrer Freilassung bestimmt die Gestapo, stelle ihrer Heimatstadt. Das Mindestmaß ist drei Monate, zumeist wird dann auf unbestimmte Zeit verlängert. Die Entscheidung der Gestapo wird beeinflusst von der Art der Führung der Gefangenen.

Die Feststellung, ob sich die Gefangene »gut« geführt hat, hängt im wesentlichen von den diensttuenden Frauen der NS-Frauen-schaft ab, die in all den Schutzhäftlingen marxistische Untermenschen sehen und von Haß gegen sie erfüllt sind. Sie wechseln mit den Schutzhäftlingen kein Wort.

Die Aufseherinnen von der NS-Frauen-schaft üben einander ab. Jeweils eine sitzt täglich im Gemeinschaftsraum. Sie machen sich nur selten bemerkbar, höchstens, daß mal eine Ruhe gebietet, wenn es ihr zu laut erscheint. Um so gefährlicher sind sie deshalb, weil sie ausgesprochen Spitzeldienste leisten. Jedes Wort, jede Handlung, die aus dem Rahmen fällt, wird von ihnen »nach hinten gemeldet«, d. h. der Direktion angezeigt und in den Personalakten vermerkt. Keine der Schutzhäftlinge weiß, aus welchen Gründen und wann über sie Eintragungen erfolgen. Aber wenn auch diese kleinen »Vergehens nicht auf der Stelle gestraft werden, viel schlimmer wiegt die Tatsache, daß die Länge der Freiheitsberaubung davon abhängt. Mehr-

ere Eintragungen in den Personalakten bedeuten schlechte Führung, das hat bei der Weitergabe an die Gestapo zur Folge, daß diese die Gefangene als »noch nicht reif« zur Entlassung betrachtet und weiter in Haft läßt.

Die Wärterinnen stehen unter Leitung einer Beamtin des Arbeitshauses, die schon seit fast einem Menschenalter Dienat tut. Sie ist gegen 60 Jahre alt, von unförmiger Leibesfülle, krank, launenhaft und unpolitisch und läßt ihre Launen an den Gefangenen aus.

Die Verpflegung ist schlecht. Morgens gibt es einen sehr dünnen »Kaffee«, dazu einen Kanten Brot für den ganzen Tag. Die Brotmenge ist ausreichend. Abwechslend wird dazu eine winzige Portion Margarine oder ein Löffel voll Marmelade geliefert. Die Fettration, etwa 20 Gramm, ist völlig unzureichend. In der Zeit der Lebensmittelknappheit war es besonders schlimm, da dann diese winzige Portion ganz ausfiel und durch Marmelade ersetzt wurde. Die Klage über die Fettknappheit ist allgemein. Wenn die Frauen nicht die Möglichkeit hätten, auf eigene Kosten noch etwas dazu zu kaufen, dann könnten sie nicht dabei existieren.

Das Mittagessen zeichnet sich durch schreckliche Eintönigkeit aus. Abwechslend kommen Linsen, Erbsen, Graupen, Bohnen mit Kartoffeln zusammengekocht, auf den Tisch. Es ist immer das gleiche. Dazu kommt, daß wochentags kein Fleisch hineingekocht wird. Das Essen wird mit Rindertalg zubereitet.

Um der Eintönigkeit zu entgehen, haben sich im Frühjahr 20 Schutzhäftlinge freiwillig gemeldet, Feldarbeit zu verrichten, obwohl es beschämend für sie war, in den schrecklichen Anstaltskleidern im Freien arbeiten zu müssen. Aber es war immer noch besser, als den ganzen Tag in dem engen Raum zubringen zu müssen.

Nach einigem Hin und Her wurde die Gründung eines Leseklubs gestattet. Zur Vorlesung gelangt der »Völkische Beobachter«. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die Schutzhäftlinge an Wissen und politischer Erfahrung weit, weit über ihren NS-Frauen-schafts-Aufseherinnen stehen. Die NS-Frauen sind, an ihnen gemessen, politische Analphabeten.

Die gefangenen Frauen sind vollkommener Willkür preisgegeben. Sie werden ihrer Gesinnung wegen festgehalten und gequält.

Nazis nur sieben Mann im Hause waren, auch ihnen gegenüber die Minderheitsrechte geachtet. — »Purer Schwindel«, brüllt Kube auf. Der verstorbene Landtagspräsident Bartels habe damals die paar Nazis in gemeinster Weise beleidigt und brutalisiert. — Alles schaut ratlos, denn das einzige, was man dem Verstorbenen vorwerfen konnte, war seine viel zu große Milde und Langmut gegen die Rüpelien des Septetts. — Und nun kommt Kube heraus: Bartels habe die Nazis zwingen wollen, im Landtagsrestaurant an einem besonderen Tisch (nämlich dem Tisch der Fraktionalesen) zusammen mit »zwei Polacken« (den Vertretern der polnischen Minderheit, zwei katholischen Geistlichen) ihr Essen einzunehmen! Eine größere Schmach gegen deutsche Männer sei nicht denkbar. Und was die Nazis jetzt auch ihren Gegnern anzutun gedächten, die unüberbietbare Schmach, mit »Polacken« zusammen essen zu müssen, würden sie ihnen denn noch nicht antun.

Der Psychologe hat hier alles bei einander. Die Fabel vom Lamm, das dem Wolf das Wasser trübt, wird übertrumpft. Ein Siegesberauschter hat unmotiviert Grausamkeiten gegen die Besiegten im Sinn. Zur Rechtfertigung nach außen müssen sie als Vergeltung für selbst erlittenes schwerstes Unrecht erscheinen. Da solches Unrecht existiert, wird ein völlig harmloser Vorgang zum Verbrechen aufgeblasen, wird ein verstorbener Ehrenmann beschimpft und schließlich ein großes Nachbarvolk als ein schmutziger Auswurf hingestellt, neben dem allein zu sitzen höchste Schmach sei. Notabene — das gleiche Nachbarvolk, mit dem man kurz darauf einen Freundschaftsvertrag und ein Waffenbündnis schließt.

Das psychologische Urteil lautet: Mangel jedes Gerechtigkeitsempfindens. Sieht nur den Splitter in des Nachbars Auge, nicht den Balken im eigenen. Zu jeder Herabsetzung seiner Mitmenschen fähig, absolut hemmungslos in der Wahl seiner Mittel, selbstgerecht, verlogen. — Die Tatsache, daß ein solcher Mensch später den Besitz der Macht nur aufweist, nur auffassen kann als ein Mittel, seine niedersten Instinkte auszutoben, überrascht den Psychologen nicht im mindesten.

Damit aber kommen wir zu der Frage: Stellt das Kubesche Demagogentum in der Nazibewegung etwa einen Sonderfall dar? — Durchaus nicht — den Regelfall. An Wüstenheit und Hemmungslosigkeit der Demagogie stehen Gestalten wie Streicher, Freisler, Göbbels, Ley usw. usw. — die wichtigsten nennen wir hier absichtlich nicht — durchaus nicht hinter Kube zurück, eher übertreffen sie ihn noch.

Ist nun aber der Fall Kube in Puncto »gewissenlose Demagogie« keine Ausnahme, sondern die Regel der Nazibewegung, so kann auch nach den Gesetzen der Logik »ein gesamtes persönliches Charakterbild kein Ausnahmefall sein. Wie wir sahen, stellt der Charakter jedes Individuums in seiner Grundanlage eine Einheit dar. Wir müssen deshalb annehmen, daß Menschen, die sich auf einem bestimmten Tätigkeitsgebiet — hier dem politischen — übereinstimmend in der gleich skrupellosen Art betätigen, sich überhaupt in Wesen und Charakter nur sehr wenig von einander unterscheiden. Nicht immer verdichtet sich die gleiche Anlage zu den gleichen positiven Taten. Das hängt von den äußeren Umständen ab: Wer sich z. B. alles, was er begehrt, »schenken« lassen kann, der hat nicht nötig, auch noch zu stehlen. Aber potentiell — das behaupten wir — steckt in jedem Menschen, der der Politik mit den Mitteln der Unehrlichkeit und der niedersten Gemeinheit kämpft, einer, der in allen Lebenslagen zur Anwendung dieser Mittel fähig ist.

Solche Veranlagung erkennt man allerdings nicht auf dem Wege des Rasseinstinkts. Man erkennt sie nur, wenn man den Sinn für Sauberkeit und Redlichkeit besitzt, und ten erarbeiten. — Auf diesem Gebiet hat, das dafür muß man sich selber diese Eigenschaft ist nicht zu leugnen, der Instinkt eines großen Teiles des deutschen Volkes allerdings kläglich versagt.

Dr. X.

Deutsche Frischbutter

»Um die Butterversorgung sicherzustellen, sind in diesem Jahre erstmalig Anordnungen erlassen worden, die die Durchführung der Buttereinlagerung re-

geln. Von der Güte der ostpreussischen Markenerzeugnisse spricht die Tatsache, daß zehn bis fünfzehn Prozent der eingelagerten großen Buttermengen noch nach der dreimonatigen Lagerung mit der Höchstzahl von 20 Punkten bewertet werden konnten.«

(»Preussische Zeitung« Nr. 226.)

Ehers neuestes Geschäft

Wir reproduzieren das folgende aus dem »Völkischen Beobachter«:



Für Viele heute schon ein unentbehrlicher Ausweis, wird der Ahnenpaß über kurz oder lang amtlich verlangtes Dokument. Es ist daher vorteilhaft, diese wichtige Urkunde schon heute zu besitzen. — In Leinwand-schlag RM. — 50. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf., München.

Der Verlag Franz Eher — Besitzer Adolf Hitler — macht ein großes Geschäft mit einem demnächst »amtlich verlangten Dokument«.

Geheimnisse der braunen Steuern

Die Volksgemeinschaft in der Praxis

Steuerfreiheit für »Führer«

»Jeder Betrag, so heißt es in dem Vortrag, den Staatssekretär Reinhardt zur Eröffnung der Reichsfinanzschule Ilmenau am 4. Mai 1936 gehalten hat, »der dem Staat und damit der Volksgemeinschaft vorenthalten wird, fehlt dem Staat zur restlosen Erfüllung seiner Aufgaben und muß unter Umständen auf andere Volksgenossen mehr umgelegt werden.« Man müßte also annehmen, daß gerade die »Führer« mehr bezahlen, als sie unbedingt müssen, damit andere Volksgenossen weniger zu bezahlen brauchen. Die nationalsozialistische Steuerwirklichkeit widerspricht aber einigermaßen dem nationalsozialistischen Steuerprinzip. Denn in den Veranlagungsrichtlinien zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für 1935 veröffentlicht in der »Deutschen Steuerzeitung«, Herausgeber Fritz Reinhardt, vom 11. Januar 1936, heißt es zur Frage der »Entschädigung des Führerpersonals im Reichsnährstand«:

»Bei den Landesbauernschaften und Kreisbauernschaften sind Bauernführer, Obmänner und Hauptabteilungsleiter ehrenamtliche tätig. Die Bezüge, die ihnen vom Reichsnährstand gewährt werden, sind nicht als Arbeitslohn, sondern als Betriebsentlohnungen aus Land- und Forstwirtschaft anzusehen, wenn diese Personen im übrigen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft beziehen. Unter den gleichen Voraussetzungen sind auch die Bezüge der Personen, die bei der Reichsleitung des Reichsnährstandes ehrenamtlich tätig sind (Obmann für den Reichsnährstand, Reichshauptamtsleiter), als Betriebsentlohnungen aus Land- und Forstwirtschaft anzusehen.«

Daß man ein Amt, das »Bezüge« einbringt, als Ehrenamt bezeichnet, war ehemals paradox, aber jetzt bestätigt es die Zeit des Nationalsozialismus. Was soll aber die Unterscheidung zwischen Arbeitslohn und Betriebsentlohnungen? Ist es nicht praktisch gleichgültig, ob die ehrenamtlichen Bezüge so oder so bezeichnet werden? Keineswegs. Vielmehr verbirgt sich hinter dieser Benennung ein echt nationalsozialistischer Bluff. Die Sätze sind ein wahres Kabinettsstück nationalsozialistischer Stilkunst, der nicht nur die Erfindung ehrenamtlicher Bezüge gelungen ist, sondern auch, die Befreiung der »Führer« vom Steuerzahlen anzuordnen, aber die ausdrückliche Feststellung der Steuerbefreiung zu vermeiden. Der Arbeitslohn ist Einkommen, die Betriebsentlohnungen sind es aber an sich nicht, sondern erst nach Abzug der Betriebsausgaben. Nennt man die Bezüge der Herren Führer statt Lohn Betriebsentlohnungen, so kann, wenn man den Betriebsentlohnungen die Betriebsausgaben gleichsetzt, das Privileg der Steuerfreiheit eingeräumt und dennoch der Anschein erweckt werden, als sei es keines, sondern »der Begriff der Gleichmäßigkeit der Besteuerung« erfüllt, den Reinhardt in seiner Ilmenauer Rede als nationalsozialistischen Grundsatz verkündet hat. Wie das gemacht wird, zeigt der zweite Abschnitt dieses Kapitels der Richtlinien. Er lautet:

»Es kann allgemein davon ausgegangen werden, daß bei den Personen, die bei den Kreisbauernschaften ehrenamtlich tätig sind, durch diese Tätigkeit Betriebsausgaben in Höhe der ihnen vom Reichsnährstand gewährten Entschädigungen entstehen. Bei den Personen, die bei den Landesbauernschaften und bei der Reichsleitung des Reichsnährstandes tätig sind, können die Verhältnisse verschiedene liegen. Jedoch können auch hier Betriebsausgaben in angemessener Höhe ohne besonderen Nachweis anerkannt werden.«

Den »Führern« wird also, im Gegensatz zu anderen Sterblichen, der Nachweis, daß den Betriebsentlohnungen Betriebsausgaben gegenüberstehen, und in welcher Höhe, erspart. Schon die Diskretion des Staatssekretärs Reinhardt hinsichtlich der Betriebsausgaben erweckt den Verdacht, daß es da kaum welche gibt. Er ist nicht ganz unbegründet, denn es steht in den Richtlinien:

»Die aus den Kassen des Reichsnährstandes gewährten Tage- und Ueberrückungsgelder sind als steuerfreie Einkünfte zu behandeln.«

Die Führer des Reichsnährstandes beziehen also außer ihren ehrenamtlichen Bezügen noch andere Aufwandsentschädigungen, und auch diese sind steuerfrei. Weniger erlesene Volksgenossen werden weniger schonungsvoll behandelt. In den gleichen Richtlinien wird zur »Entschädigung des Führer- und Verwaltungspersonals beim Deutschen Luftsportverband und beim Reichsluftschutzbund« gesagt, daß ihre Aufwandsentschädigungen keine steuerfreien Aufwandsentschädigungen sind, weil diese Verbände weder zu den Gliederungen der

NSDAP noch zu den der NSDAP angeschlossenen Verbänden gehören. Womit ausdrücklich gesagt ist, daß die NSDAP das Privileg genießt, für den Staat weniger opfern zu dürfen als andere. Bei gewöhnlichen Geschäftsreisenden sind Reisespesen nur soweit steuerfrei, als sie die »Kosten der Lebenshaltung, die den Steuerpflichtigen auch ohne die Reise treffen«, überschreiten. »Zu den steuerfreien Reisekosten gehört nur der Mehraufwand.« Während also Aufwandsentschädigungen sonst versteuert werden müssen, sind sie für die als nationalsozialistische Führer auserlesenen Herren steuerfrei. Die Führer des Reichsnährstandes sind von der Versteuerung ihrer ehrenamtlichen Betriebseinnahmen befreit, nicht weil sie Betriebsausgaben haben, sondern weil sie zur nationalsozialistischen Clique gehören. Das Amt des Führers ist also weniger ein Opfer als ein Privileg und mindestens ebenso sehr ein gutes Geschäft wie eine hohe Ehre.

Freibier ist steuerfrei

Der Arbeiter, dem der Unternehmer am 1. Mai, dem Tag der nationalen Arbeit, ein Abendbrot und ein Bier bezahlt, bekommt wenigstens einmal im Jahre praktisch zu erfahren, was »deutscher Sozialismus« ist. Aber er ahnt nicht, daß die Kosten dieser Art der Ueberwindung des Klassegegensatzes nicht vom Unternehmer selbst bestritten werden, sondern, zum Teil wenigstens, aus der Staatskasse. Es heißt nämlich in der »Deutschen Steuerzeitung« vom 2. Mai 1936 zum Thema »Einkommensteuer und Aufwendungen anlässlich des Tages der nationalen Arbeit«:

»Die Aufwendungen, die der Betriebsführer anlässlich des Tages der nationalen Arbeit für die Bewirtung und Besenkung der Gefolgschaftsmitglieder macht, können als Betriebsausgaben bei der Ermittlung des Einkommens abgezogen werden.« Kein Arbeiter würde daran denken, das Glas

Bier, das er am 1. Mai auf eigene Kosten trinkt, bei der Lohnsteuer in Abzug zu bringen. Es ist aber kennzeichnend für das Dritte Reich, daß der Staatssekretär Reinhardt es nicht unterläßt, ausdrücklich zu betonen, daß ihm das nicht zusteht:

»Dagegen sind die Ausgaben, die die Gefolgschaftsmitglieder selber durch ihre Teilnahme an der Maifeier haben, steuerrechtlich anders zu beurteilen.«

In der Begründung ist es Reinhardt gelungen, in einem Satz das Wesen des »deutschen Sozialismus« auszudrücken. Die Begründung lautet:

»Denn die ausgegebenen Beträge bilden keine Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen.«

Im Gegensatz dazu sind also die Aufwendungen des Betriebsführers am Tage der nationalen Arbeit sehr wohl »Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen«. So ist es in der Tat. Das Freibier am 1. Mai ist eine Entschädigung für nichtbezahlte Ueberstunden.

Lohnsteuer für entwendeten Lohn

Im Dritten Reich gibt es »eine neue Art von Zukunftssicherung« für den Arbeiter, »die darin besteht, daß der Arbeitgeber auf ein Bankkonto, das die Bezeichnung »Pensionskonto N. N.« trägt, gewisse Beträge einzahl. Die Verwaltung des Kontos steht ausschließlich dem Arbeitgeber zu. Eine Auszahlung der auf das Konto eingezahlten Beträge soll erst nach dem Ableben des Arbeitnehmers oder bei dessen Ausscheiden aus der Firma des Arbeitgebers erfolgen. Eine Verantwortung für die Sicherung der auf dem Konto eingezahlten Gelder sollte der Arbeitgeber nicht tragen. Diese »neue Art von Zukunftssicherung«, die darauf hinausläuft, daß der Unternehmer einen Teil des Lohnes

einbehält und sich damit einen unbefristeten und unverzinslichen Kredit verschafft, für den er nicht einmal voll haftet, war allerdings zur Zeit des Schmachtsystems nicht möglich. Wenn also die »Deutsche Steuerzeitung« sich mit der Rechtsprechung in dieser Frage beschäftigt, so nicht, um zu untersuchen, ob diese Art der Entwendung von Lohn erlaubt ist, sondern ob der Arbeiter den entwendeten Lohn auch noch versteuern muß. »Der Reichsfinanzhof hält die von dem Arbeitgeber jährlich eingezahlten Beträge für steuerpflichtigen, zugeflossenen Arbeitslohn der Arbeitnehmer, auch dann, wenn die Einzahlungen zwar nicht auf ein gesperrtes Bankkonto des Arbeitnehmers, wohl aber, wie hier, auf ein Sonderbankkonto des Arbeitgebers erfolgen... Es handle sich um ein aus der Betriebsgemeinschaft sich ergebendes Treueverhältnis, das es rechtfertigt, auch bei diesen Formen der Einzahlung das Bankkonto als dem Arbeitnehmer zugehörig zu betrachten.« Dieses »Treueverhältnis« zwischen Führer und Gefolgschaft berechtigt jenen zum Nehmen und verpflichtet diesen zum Zahlen!

Arbeitsdienstler für einen Tag

Die »Frankfurter Zeitung« vom 29. Juli meldet:

»Die Beamten der Stettiner Regierung hatten sich, wie der »Arbeitsmann« mitteilt, kürzlich für einen Tag in den Arbeitsdienst begeben. Sie beschäftigten sich mit Erdarbeit, während die Stenotypistinnen und Sekretärinnen im weiblichen Arbeitsdienst Haus-, Garten- und Stallarbeiten leisteten.«

Die Stettiner Arbeitsdienstler können also, wenn sie schon keinen Lohn bekommen, wenigstens einmal im Jahre des Genusses teilhaftig werden, ihre heimatlichen Führer arbeiten zu sehen. G. A. F.

Fiasko der braunen Handelspolitik

Kein Anschluß an die Weltkonjunktur

Das Ziel der deutschen Handelspolitik muß in der gegenwärtigen Situation eine Steigerung der deutschen Einfuhr sein. Denn der bisherige Import von 4,16 Milliarden im Jahre 1935 reichte nicht aus, um Ernährungs-schwierigkeiten und Rohstoffknappheiten zu beseitigen, obwohl gleichzeitig Rohstoffvorräte aus 1934 etwa in der Höhe von einer halben Milliarde verbraucht wurden und in gleicher Höhe unbezahlte Warenschulden an das Ausland entstanden waren. Es handelt sich also um eine Steuerungsnotwendigkeit, die die Höhe von 1 Milliarde überschreiten müßte, selbst, wenn man berücksichtigt, daß durch die industrielle Ersatzproduktion (im wesentlichen bis jetzt Benzin und Zellstoff) und durch die noch fragwürdigere Vermehrung der Agrarerzeugung mehrere Dutzend Millionen eingespart werden können. Die Erhöhung der Ausfuhr ist augenblicklich nur das Mittel, um eine vermehrte Einfuhr zu erlangen. So lange das nicht gelingt, müssen die Spannungen, die sich aus der Rohstoffknappheit ergeben, immer neu auftauchen und sich unter Umständen, z. B. beim Eintritt einer unzureichenden Ernte, akut verschärfen. Die Einfuhr, die 1929 rund 13½ Milliarden RM betragen hatte — die Ausfuhr lag noch einige Millionen höher — war 1933 auf 4,2 Milliarden RM gefallen. 1934 war sie 4,45 Milliarden, ging aber 1935 wieder zurück auf 4,16 Milliarden, obwohl seitdem die fieberhafte Beschäftigung der Rüstungsindustrie einen außerordentlich starken Bedarf von ausländischen Rohstoffen hervorgerufen hatte. 1936 zeigt in bezug auf die Einfuhr keine Besserung.

Im ersten Halbjahr betrug die Einfuhr 2110 Mill. RM gegen 2126,9 Mill. in der gleichen Vorjahreszeit; sie weist also eine leichte Verringerung auf, obwohl die agrarische Absperzung infolge des akuten Futtermittel- und Fleischmangels gelockert und eine erhöhte Einfuhr von Oelfrüchten, Oelkörnern, Fleisch und Schweinen zugelassen werden mußte. Die oben veröffentlichten Ziffern über den Außenhandel im Juli zeigen dieselbe Tendenz. Die Einfuhr ist mit 346 Mill. gegenüber dem Vormonat (360 Mill.) wert- und mengenmäßig um 4 Prozent gesunken. Die Ausfuhr ist von 371 im Juni auf 395 Mill. gestiegen — etwa um 7 Prozent. Die Steigerung, die, wie die amtliche Verlautbarung

selbst betont, saisonbedingt ist, bleibt aber hinter der vorjährigen, wo sie 10 Prozent betrug, zurück. Der Ausfuhrüberschuß beträgt diesmal 50 Mill. RM und hat damit den höchsten Stand dieses Jahres erreicht. Aber diese Besserung der Handelsbilanz ist bisher eben immer wieder auf neue Verringerung der Einfuhr zurückzuführen, während gerade ihre Vermehrung immer mehr zu einer dringenden Notwendigkeit wird. Die Einfuhrverminderung im Juli muß zudem besonders große Schwierigkeiten bereitet haben. Entgegen der Saison-tendenz trifft die Beschränkung ausschließlich die Nahrungs- und Genussmittel. Deren Einfuhr ist insgesamt um 15,5 Millionen — um 13 Prozent — gedrosselt worden, ebenso wie die von Textilstoffen (um 8 Millionen), um eine gewisse Mehreinfuhr von Kriegsrüststoffen, wie Eisenerz und Kautschuk, zu ermöglichen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß sich die starke Einfuhrbeschränkung von Nahrungs- und Futtermitteln in der nächsten Zeit wird aufrecht erhalten lassen.

Die geringe Steigerungsfähigkeit des deutschen Exports ist dabei eine merkwürdige Sache. Man muß sich der Tatsache bewußt sein, daß in dem größten Teil der kapitalistischen Welt ausgesprochen gute, zum Teil Hochkonjunktur herrscht. Man hätte erwarten können, daß mindestens bestimmte deutsche Wirtschaftszweige, wie die Eisen- und Stahlindustrie, der Maschinenbau — diese Industrien können z. B. in England die Nachfrage nicht mehr befriedigen —, die deutsche chemische Industrie etc. bedeutende Exportsteigerungen erreichen müßten. Das ist aber nur in verhältnismäßig geringem Grade eingetreten und wird teilweise durch Exportverluste gerade in Zweigen der Fertigwarenindustrien, die früher eine starke Exportfähigkeit und eine gefestigte Position auf dem Weltmarkt hatten, wettgemacht. Fest steht jedenfalls, daß die deutsche Wirtschaft den Anschluß an die aufsteigende Konjunktur der übrigen Welt nicht finden können — trotz der Milliarden-subsidien für den Export, trotz allen Drucks, den Schacht auf die wirtschaftlich schwächeren Länder ausübt. Und deshalb bleibt das Nahrungs- und Rohstoffproblem in seiner ganzen Schärfe bestehen. R. K.

Der Trost

Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« schreibt:

»Bei der Musterung 1935 mußten 14,86 Prozent der Gemusterten wegen schlechter Zähne zwischen untauglich und tauglich zwei eingegliedert werden. In einem süddeutschen Industriewerk mußten von 558 Lehrlingen 92,5 Prozent zahnärztlich behandelt werden, bei 13,8 Prozent waren die Zähne so stark angefault, daß ein Zahnersatz notwendig war. An sich sind diese Zahlen so erschreckend, daß man von einer Seuche reden kann.«

Na und? Woran liegt das? Man könnte auf mangelhafte und minderwertige Ernährung hinweisen oder auf ein Nachlassen der Schulzahn-pflege, die in den »14 Jahren der Mißwirtschaft« mit Sorgfalt gefördert wurde. — Aber die DAZ weiß einen besseren Trost:

»Doch sei hier daran erinnert, daß diese Zahnkrankheiten keineswegs ein Zeichen moderner Degeneration sind, wie vielfach angenommen wird. Man findet sie in Alemannen-gräbern bei weit mehr als 50 Prozent der Funde.«

Und was den alten Alemannen recht war, muß den jungen Neugermanen billig sein. Zum Teufel mit der Zahnheilkunde!

Der Undankbare

Das Sondergericht in Königsberg verurteilte einen Bauern, der bis zum Jahre 1932 der NSDAP angehört hat, zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis — »wegen gehässiger, hetzerischer und von niederträchtiger Gesinnung zeugender Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und außerdem aus § 186 StGB wegen Verächtlichmachung des Oberpräsidenten und Gauleiters«. In der Urteilsbegründung heißt es:

»Die Strafe habe so schwer ausfallen müssen, weil die Straftaten geradezu eine Gipfelleistung an Beschimpfungen und Verleumdungen darstellen, was um so verwerflicher sei, als gerade der Angeklagte als Bauer genau wußte, in welcher Weise sich die nationalsozialistische Regierung besonders des Bauernstandes angenommen habe.«

Er scheint es nicht genau gewußt oder wenigstens nicht gemerkt zu haben. Wahrscheinlich liest er keine Zeitungen.

Die siegreiche Verteidigung in Spanien

Die Pflicht der internationalen Arbeiterschaft

Von Pietro Nenni.

Madrid, August 1936.

Das Spanien des Volkes und der Arbeiter ist mit dem militärfaschistischen Aufstand vom 17. und 19. Juli 1936 in einen neuen Abschnitt seiner Geschichte eingetreten.

Nur durch ein Wunder ist es dem Anschlag gegen seine Freiheit entgangen, den Militärs, Pfaffen und Faschisten unter der Oberleitung des Kapitals unternahmen. Es hat sich gezeigt, daß fünf Jahre nach der Revolution vom April 1931 die Armee, die Gendarmerie, die hohe Beamtenschaft des Staates sich nahezu vollzählig gegen die Republik erhoben, der sie den Treueid geleistet hatten. Dies bestätigt nur, daß es keine wirkliche Revolution gibt, die nicht zur systematischen Zerstörung und organischen Umschmelzung des militärischen, polizeilichen und Verwaltungsapparats des Staates greift.

Die negative Seite des Wunders, dem die Republik ihre Rettung verdankt, war die Unentschlossenheit der militärischen Kommandanten in Madrid und Barcelona. Der Militäraufstand brach in Marokko am 17. Juli aus, in Madrid und Barcelona aber erst am 19. In Madrid insbesondere haben sich die faschistischen Militärs, statt das Präsidentenpalais, die Ministerien und die Straßen zu besetzen, in ihren Kasernen eingeschlossen. Der Präsident der Republik, Azana, hat dem Genossen de Brouckere und mir erzählt, daß ihn die Rebellen im Prado, wo er sich damals befand, mühelos hätten überwältigen können. Wahrscheinlich haben sie es gar nicht für nötig gehalten, sich des Staatsoberchefs zu versichern, und ebenso hatten sie den Widerstand des Volkes nicht vorausgesehen.

Dieser Widerstand, schlagfertig und heldenmütig, bildete die positive Seite des Wunders, von dem wir sprechen. Die Einnahme der Montana-Kaserne durch das Volk hat dem Aufstand den ersten tödlichen Schlag versetzt. Inmitten der Unordnung, die der Rebellion der Militärs und dem Aufstand der Faschisten folgte, gab es eine kleine Insel der Ordnung: die Kaders der sozialistischen Arbeitermiliz, die schon im Oktober 1934 gekämpft hatte. Um diese Kader herum bildete sich die neue bewaffnete Macht der Republik. Auf diese Weise wurde das Grundproblem jeder Revolution, wenn nicht gelöst, so doch der Lösung nahegebracht: die Bewaffnung des Volkes und die Schaffung einer revolutionären Armee.

Ich habe soeben einige Tage an der Sierra-Front verbracht. Noch gibt es auf dem Gebiet der Organisation unendlich viel zu tun. Langsam nur vollzieht sich die Verschmelzung der Elemente der alten Armee mit den verschiedenen Milizen. Die beherrschende Tatsache aber ist, nach meiner Meinung, die Entstehung und Entwicklung eines revolutionären Patriotismus und einer revolutionären Disziplin. Natürlich hat dieser Patriotismus nichts mit dem Nationalismus gemein, gleichwie diese Disziplin nichts mit dem alten Kasernengehorsam oder der kirchlichen Unterordnung zu tun hat. Sie beruht nicht auf dem Geist der Subordination, sondern auf dem Geist der Solidarität im revolutionären Schaffen. Bei diesem, dem allerwichtigsten Werke, legen die Männer und Frauen, die der Partei und dem vereinigten Jugendverband entstammen, außergewöhnliche Fähigkeiten an den Tag. Ihr Mut, ihre Redlichkeit, ihre Ehrlichkeit und ihre Intelligenz erhöhen sie in den Augen der gesamten Bevölkerung und der wenigen Offiziere der alten Armee, die der Republik treu geblieben sind.

Neben dieser Geburt einer neuen Armee, die in unseren Genossen ihre Elitetruppen findet, entsteht im Feuer der Aktion ein neues Recht, eine neue Lebensauffassung. Das Kollektivgefühl — dessen Wurzeln in Spanien wir nicht kennen — trägt den Sieg über das individualistische Empfinden davon; die Schöpferkraft der Revolution überragt ihre Zerstörungskraft. Auch auf diesem Gebiet leisten die Genossen der Partei, der vereinigten Jugend und der sozialistischen Miliz die wichtigste und erfolgreichste Arbeit. Ich begnüge mich für den Augenblick mit dem

Hinweis auf die außerordentlich wichtige Rolle der Genossenschaften innerhalb des Verpflegungsdienstes und auf das ganze Netz von Fürsorgeeinrichtungen für die Kämpfenden und ihre Familien, die in wenigen Tagen aus dem Boden gestampft wurden.

In diesem Zusammenhang muß ein Märchen zerstört werden, das die Runde durch die bürgerliche Welt macht und den Lügen über angebliche Greuel der Republikaner nacheifert. Man spricht von der Plünderung der Klöster und Paläste. Tatsächlich sind eine gewisse Anzahl von Palästen der Madrider Aristokratie und von Klöstern besetzt worden; aber in neun von zehn Fällen hat diese Besetzung nicht die geringste Zer-

mäßig zukommen. An ihrem Besitz soll sich das Verbrechen der Reaktion rächen.

Allgemein gesehen, wird der Verrätergeneral Franco die Rolle des Generals Kornilow gespielt haben. Er wird den Verlauf der demokratischen Revolution beschleunigt und Spanien auf den Weg der proletarischen und sozialistischen Revolution gedrängt haben.

Aber wehe uns, wenn das internationale Proletariat sich der Meinung hingäbe, daß die Schlacht bereits gewonnen ist. Sie ist es noch nicht. In diesem Punkt habe ich mich bemüht, mich so umfassend wie möglich zu informieren; daraus ergeben sich nachstehende Schlussfolgerungen:

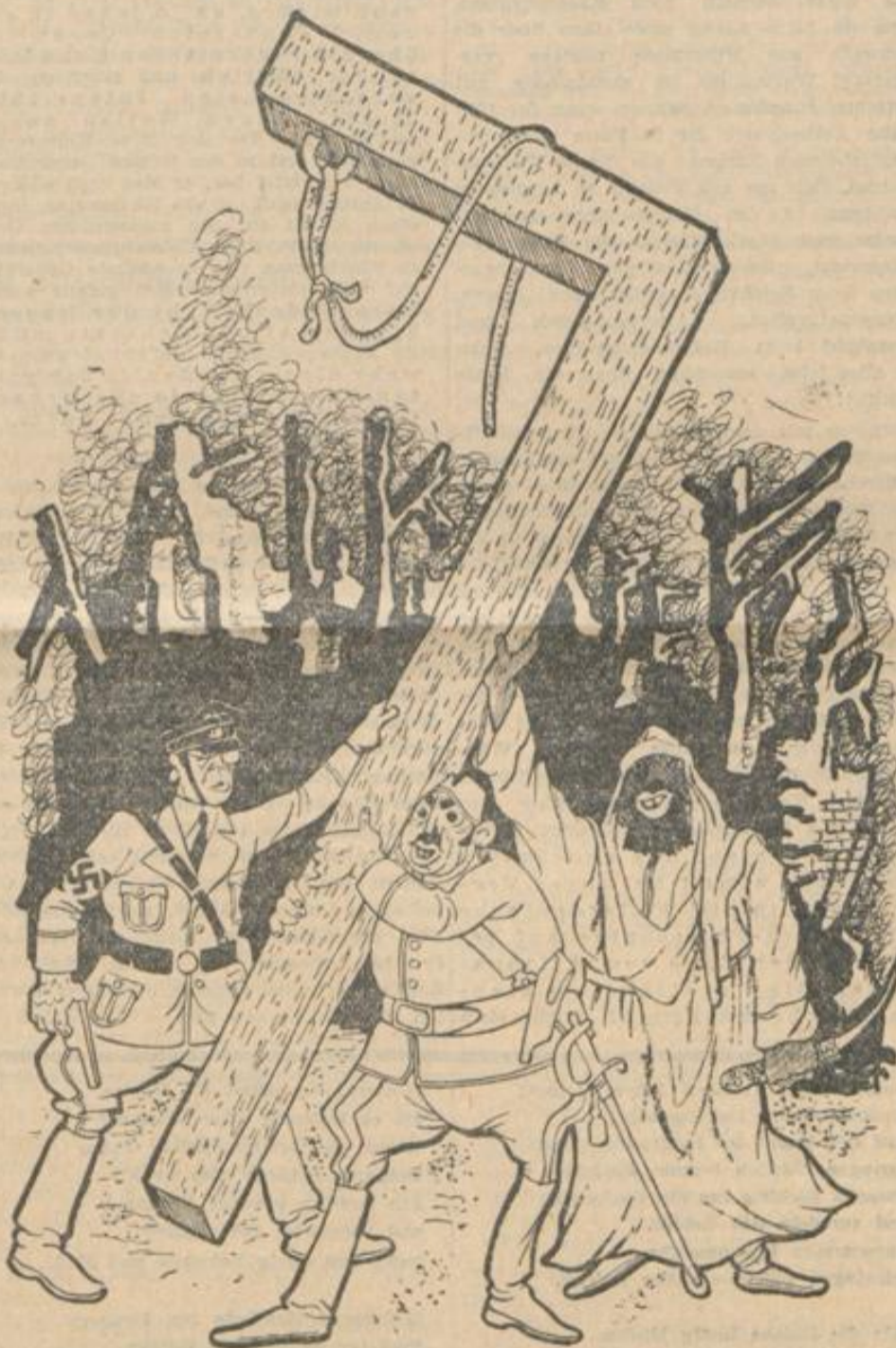
gelten sollte und nicht für die Aufständischen. Es steht außer Zweifel, daß die Rebellen sich nur in dem Maße halten konnten und können, als sie von Portugal, Italien und Deutschland Waffen und Vorräte empfangen. Die Aussichten der faschistischen Militärs sind äußerst gering und sie hängen durchaus von dem Tempo ab, in dem es dem General Franco gelingt, seine Truppen aus Marokko nach Spanien herüberzuwerfen.

So ist die Lage. Die Demokratie und die Arbeiterschaft Spaniens waren es der internationalen Demokratie und dem internationalen Proletariat schuldig, die bedrohte Freiheit in ihrem Land zu verteidigen. Das Spanien des Volkes hat diese seine Pflicht mit herrlichem Mut und ohne Wanken erfüllt.

Umgekehrt schuldet die Demokratie und die Arbeiterschaft der ganzen Welt den spanischen Demokraten und Arbeitern die Verteidigung des Volkes gegen die Anschläge des internationalen Faschismus.

Es gilt, um jeden Preis die Bewaffnung der Aufständischen zu verhindern! Wird dies erkannt und getan, dann ist der Sieg der Republik und des Sozialismus in Spanien außer Zweifel.

Der neue Kreuzzug



störung mit sich gebracht. Ich habe das Palais Girardelli, den Klub del Campo, den Klub Grace Pena besucht, die von der vereinigten Jugend besetzt sind; desgleichen das Palais des Herzogs von Medina Coeli, wo die motorisierte Brigade untergebracht ist, und die Paläste, die die Bataillone »Oktober« und »Largo Caballero« der sozialistischen Miliz besetzt haben. Ueberall herrscht musterhafte Ordnung. Ueberall wurde ein Inventar der Wertgegenstände, der Möbel, Bilder, Teppiche usw. aufgenommen. Neben den von Gold- und Silbergedeckten strotzenden Kisten essen die Milizkämpfer ihre Büchse Sardinen, neben den schwellenden Betten liegen sie auf der Erde. Sie tragen ihr altes, zerrissenes Hemd und fühlen sich gar nicht versucht, sich etwas von der Wäsche der ehemaligen Besitzer anzueignen. Natürlich sind sie überzeugt, daß es sich um eine Besetzung für immer handelt, aber sie betrachten sich als die Beauftragten der Gesamtheit des Volkes, dem die Reichtümer derjenigen, die der Republik den Bürgerkrieg aufgezwungen haben, recht-

Die Schlacht könnte als endgültig gewonnen gelten, wenn der Grundsatz der Neutralität, um dessen Anerkennung durch alle Staaten sich die französische Regierung bemüht, für einige von ihnen eine bloße Heuchelei wäre. Es ist gewiss, daß, wenn keine Einmischung von außen erfolgte, die Zeit für uns arbeitet. Wer sich über die Langsamkeit der militärischen Operationen wundert, an denen schließlich zahlenmäßig nur sehr schwache Kräfte beteiligt sind, möge nicht vergessen, daß am Abend des 19. Juli die Republik ohne Armee, ohne Gendarmerie und fast ohne Verwaltung dastand. Das alles mußte neu geschaffen werden, und erst jetzt geht aus dem Wirrwarr der Improvisation eine technische und militärische Organisation hervor, so daß, während die Rebellen schwächer werden, die Republik an Kraft gewinnt.

Aber dieser Prozeß könnte leicht beeinträchtigt und selbst in sein Gegenteil verkehrt werden, wenn die Neutralität nur für die Republik

Kirche am Scheideweg!

Option für den Nationalsozialismus?

Daß der kritische Punkt für die katholische Kirche, die zwischen ihrer konservativ-patriarchalischen Hinneigung zum »autoritären« Regierungssystem jeder Art generell und prinzipiell und der praktischen und ideologischen Unvereinbarkeit sowohl ihres Ideengehaltes wie ihrer politischen Geschichte in Deutschland mit den Ansprüchen des totalen nationalsozialistischen Staates hin und her sich ziehen läßt und dabei alle Varianten improvisierten und notstandhaften Reagierens — vom vollendeten »Brückenbau« bis zum geharnischten diplomatischen Protest — in wenig imposanter und auch wenig symphonischer Weise durchspielt, nunmehr so nahe gerückt ist, daß es zur endlichen Option und zu einem allseits befreienden Entweder-Oder (gerade auch vom Standpunkt der in diese fürchterliche Schaukellage mit einverleibten Gläubigen im Reich) kommen muß, wird um so klarer, je unmittelbarer der Vatikan durch die spanischen Ereignisse mit ins große und entscheidende Drama der Weltpolitik der Gegenwart verwickelt ist.

Auf der einen Seite — zusammen mit bombenflugzeugliefernden Verbündeten — die »Ordnung«, wie sie auch die Kirche traditionell versteht, auf der anderen Seite die Freiheit der bisher Unterdrückten, von der sie nicht nur einen Einbruch in ihren ideologischen Bereich, sondern vor allem auch eine mehr als bloß empfindliche Schmälderung ihres weltlichen Besitzstandes befürchten zu müssen glaubt. Es unterliegt gar keinem Zweifel: so bewußt es der Kirche ist, daß sich eine neue, die dritte Woge des nationalsozialistischen »Neuheidentums« in Deutschland bereits in Bewegung gesetzt hat und daß sie nur von der Rücklicht auf das propagandistische Olympia-Bedürfnis vorerst von den Machthabern noch hinter dem Deck gehalten wird, so zwingend scheint für die kuriale Politik die internationale und außerdeutsche Weltlage sie auf aktiven Anschluß an die gegebenen Mächte der Konterrevolution hinzuweisen. Keine Beschönigung, keine fromme Illusion! Spanien mag aus zehn und hundert Gründen den Herren auf dem vatikanischen Hügel näher liegen, als jenes Deutschland, in dem der Katholizismus doch nur eine Minderheitsangelegenheit ist, die bei kluger Politik zwar weggetuscht, aber nie beseitigt werden konnte! Die anti-hitlerischen deutschen Emigranten-Katholiken, die vereinsamt und selbst von denen desavouiert, die in anderen Ländern Fleisch von ihrem Fleisch und Geist von ihrem Geist sein müßten, einen sehr schweren und tapferen Kampf bisher kämpften, empfinden selbst diese schicksalhafte Wendung. Sie scheuen sich auch nicht, in bitteren Worten dem Ausdruck zu verleihen, daß manches dafür spricht, daß sie schon sehr bald das Opfer, das deutsche Opfer der

Politik der Kurie im Hinblick auf ihre ungleich größeren internationalen Interessen darstellen sollen. So schreibt die Pariser katholische Anti-Hitler-Korrespondenz »Kulturkampf« wie alarmierend und wie als Notsignal, ausgelöst von einer unmittelbar gerade ihrer eigenen Tendenz drohenden Gefahr:

»Der Abschluß des österreichisch-deutschen Abkommens mag gewisse Hoffnungen (für die Situation der Kirche angesichts der neuen jetzt stattfindenden Fuldaer Bischofskonferenz in Deutschland, D. R.) erweckt haben, zum anderen hat die Akzentuierung der kommunistischen Gefahr im Zusammenhang mit den Ereignissen in Spanien in zur Resignation neigenden Kreisen die Frage aufgeworfen, ob man nicht die Wahl zwischen einer kommunistischen und einer nationalsozialistischen Periode in Europa habe und sich infolgedessen mit dem Nationalsozialismus als dem »kleineren Uebel« abfinden müsse.«

Gewiß, der »Kulturkampf« wehrt sich tapfer gegen »eine solche von der Propaganda der beiden Gegner aufgezwungene Formel«. Außerdem — sagt er — könne in einem totalen Staat schon im Hinblick auf dessen Wesen nicht gut von einem »kleineren Uebel« gesprochen werden, vielmehr sei er immer das Uebel für die Kirche! Aber was vernachlässigt, wenn jene Agitationsformel der »Antibolschewik« tatsächlich von den einflussreichen und dirigierenden römischen Kreisen mit übernommen wird? Man muß beobachtet haben, wie die gesamte österreichische Presse, unterm Krummstab ähnlich gleichgeschaltet, wie die reichsdeutsche unter Göbbels, die Ereignisse in Spanien in diesen entscheidenden Tagen interpretiert, um zu wissen, daß nicht nur Hitler oder Mussolini, sondern auch die Diplomaten rund um den Stuhl St. Petri glauben, in einen einzigen und einfachen und grausigen Dualismus, in die Auseinandersetzung Moskau-Christenheit oder Moskau-Abendland oder, wie man es sonst nennen möge, mit eingreifen zu müssen!

Eine Option für jenen sehr tendenziösen »Antibolschewismus« Hitlerscher, Mussolinischer oder Frankoscher Fassung? Nun, gerade in Deutschland, wo schon einmal eine große Kirchenrevolution stattgefunden hat und wo sich schon einmal das Kirchenvolk gegen die Kirchengewaltigen verschwören mußte, wäre, den Blick nicht auf eine barbarische Mode, sondern auf Zeit und Ferne gerichtet, das Experiment nicht ganz ungefährlich. Nach all diesen und den noch kommenden Erlebnissen des Kirchenvolkes ganz bestimmt nicht ungefährlich.... E.

Remilitarisierte Zone

»Eiserne Kreuze I. und II. Klasse, sowie Frontkämpferabzeichen, die in den letzten Wochen gefunden und beim (Kölner) Polizeipräsidium abgegeben worden sind, liegen dort zum Empfang für die berechtigten Besitzer bereit.«

(Aus dem »Völkischen Beobachter.«)

Der Sphinx

Mulmend qualmt das Ruhrgebiet.
Louisa kocht brisante Klösse,
deren Stank das Reich durchzieht.

Eine duffe Wolkenwand
hält in seiner ganzen Größe
grau den Himmel überspannt.

Droht Gewitter? Keine Spur.
Auf der düstern Wolkenwand
projiziert die Diktatur
ihren Trickfilm in das Land.

Und Europa, das beinahe
mit gekränkter Nase grollte,
weil es roch, was es nicht sah
und auch gar nicht sehen wollte,
steht nun überwältigt da.

Von den Alpen bis zur Küste
über sieben Breitengraden
siebzehn Grad von Ost nach West
flimmern prunkende Gerüste:
Buntbewimpelte Fassaden
feiern fröhlich Richtfest.

Richtfest des Dritten Reichs,
des modernen Babylon,
gnädigstes Diktat des Scheichs
jagt die jauchzende Nation
tanzend um ein Luftgebäude.
Munter sprudelt Kraft durch Froude,
Bieder plärrt das Mikrophon.

Entnordung mittels Antenne

Das Dritte Reich entdeckt eine neue Weltgefahr

Das Dritte Reich, aufgebaut auf Ohrenbetäubung und Schock jedweder Art, kann nicht leben ohne die Entdeckung immer neuer Weltgefahren. Was beispielsweise den Untertanen Wilhelms des Zweiten eine Zeitlang der Halley'sche Komet war, ist dem braunen Leibeiigenen mindestens ebenso drangvoll der bolschewistische Grusel, das »asiatische Steppengespenst«. Mitunter und in periodisch festgelegten Terminen müssen neue Popanze einer staatlich geförderten allgemeinen Panikstimmung losgelassen werden. Der schrecklichste der Schrecken ist freilich erst in diesen Tagen entdeckt worden: die Entnordung durch Radio nämlich! Man überlege, was das bedeuten will — zwar nicht für einen Menschen, der noch halbwegs seine fünf gesunden Sinne zusammen hat und die Bürgerschule von ehemals mit hinreichendem Erfolg absolvierte, aber doch für jenes Dritte Reich, dem da eine ganze Grundlage von »Thron und Altar«, von Staatsphilosophie und Staatsräson, von Bibelgläubigkeit und Dogmenfestigkeit im Sinne von »Mein Kampf« erschüttert, verwüstet und zertrümmert wird! Was nützt nämlich noch Rassenhygiene, wenn du beim Klang eines Jazz über die Kurzwelle aus Milwaukee sowieso vernegerst?! Warum die SS zuchtmäßig mit deutschen Jungfrauen paaren, wenn der tückische Aether, sich dir in Form eines einschmeichelnden Tangos aus Radio Toulouse nähernd, dich um alle Früchte so nordischen Bemühens in der »Ordensburg« bringt?! Warum noch Sterilisationen und Erbgesundheitsgerichte, Sachverständiger für Rassenwesen beim Reichsministerium des Innern, Judengesetzgebung, Arierparagraph und Ahnentafel beim Referendarexamen, wenn das alles jetzt sozusagen über die Spule rutscht?!

Um es mit dem gebotenen wissenschaftlichen Ernst an dieser Stelle die erschrocken aufhorchende Welt wissen zu lassen — es ist also irgendwo angeblich festgestellt: Durch Bestrahlung der Keimorgane einiger Pflanzen durch lange Radiostrahlen sind jetzt bei diesen ganz neue Blütenformen und -Farben erzielt worden. Ja, es ist sogar gelungen, durch solche Bestrahlung von Tafeltrauben ganz neue Sorten zu erzeugen, dergestalt, daß der ganze Obstbau — der kalifornische an erster Stelle — vor einer paradiesischen Renaissance steht... Wäre es möglich, daß sich ein begabter Schüler von Mark Twain am Arizona-Kicker hier einen guten Zeitungsscherz geleistet hätte? Vielleicht! Viehisch und unheimlich ernst aber nimmt bei ihrer Verstrahlung in die hitlerdeutsche Keimdrüsen-Philosophie auf jeden Fall den Spaß vom Arizona-Kicker die deutsche wissenschaftliche Fachwelt! Nicht etwa

im Berliner »Acht-Uhr-Abendblatt«, in der »B. Z.«, im »Stürmer« oder im »Schwarzen Korps«, sondern in der autoritativen »Deutschen Medizinischen Wochenschrift« lesen wir also — in der letzten Augustnummer — zu dieser fürchterlichen Entdeckung folgenden wahrhaften Alarmschrei, und zwar unter Autorschaft der »Genetischen Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Hirnforschung in Berlin-Buch«:

»Es ist klar, daß man an derartig wichtigen Ergebnissen, wenn sie auf Tatsachen beruhen sollten, nicht achtlos vorbeigehen kann. Denn wenn es sich bei den Versuchen zwar nur um Pflanzen handelt, so wissen wir doch, daß es zwischen Pflanzen- und Tierreich hinsichtlich der Beständigkeit des Erbgutes keine prinzipiellen Unterschiede gibt. Hier wie dort können spontane Erbänderungen auftreten, hier wie dort können künstliche Mutationen ausgelöst werden mit Hilfe gleicher Methoden. Wenn es nun tatsächlich gelungen sein sollte, mittels Radiowellen Mutationen zu erzielen, so müßte diese Mitteilung auf alle Rassenhygieniker und die ganze zivilisierte Menschheit alarmierend wirken, da ja jeder in seinem Wohnbereich durch die überall verbreiteten Rundfunksender täglich und stündlich den verschiedensten Intensitäten dieser langen Wellen ausgesetzt ist. Da sich diese Kulturerrungenschaft erst in den letzten Generationen stark verbreitet hat, es also noch völlig an Erfahrung fehlt, ob die Radiowellen irgend einen Effekt auf den menschlichen Organismus, bezw. seine Keimorgane zukommen, so könnte man für die nächste Generation auf viele Ueberraschungen gefaßt sein... Dringende Pflicht der Rassenhygieniker und Erbärzte müßte es also sein, auf Mittel zur Abwehr dieser großen, ja der größten Gefahr, die je das menschliche Erbgut bedroht hätte, zu sinnen.«

In der Tat: man bedenke die Folgen für das Dritte Reich und seine Rassenlehre! Welche Katastrophe für den Walhall-Buddhismus! Da lebt vielleicht künftig irgendwo im hintersten Pommernschen ein jüdischer Viehhändler, beargwöhnt ob aller Merkmale seiner »Rasse«, ob all seines unverkennbaren Erbgutes und ob hundert sonstiger Imponderabillen, weit ab von jedem frevelhaften Gedanken an »Reichsbürgerschaft« und Verwendungsfähigkeit im Dritten Reich. Das Konzentrationslager ist ihm immer mindestens so nahe wie das Steueramt — das alles von Rassenhygiene (im Sinne Hitlers) wegen! Und der Kerl geht nun mit echt jüdischer Bosheit hin, kauft sich einfach einen Göbbelschen Volksempfänger, richtet die Intensität der Glühbirnen nicht auf den Lautsprecher, sondern auf seinen Hinterkopf, Bauch oder einen anderen beliebigen Körperteil mit Keimdrüsen und — das Unheil für

das Dritte Reich ist geschehen! Das berühmte Telegramm mit der Unterschrift: »Moses, Standartenführer« könnte furchtbare Wahrheit werden. Einerseits. Andererseits: irgend einer aus der braunen Führerclique erwacht eines Tages, nachdem er sich den Abend vorher durch Abhören der so beliebten Militärmärsche von Königswusterhausen von den Strapazen unerhörten Regierens erholt hat, und ist — total verjudet! Ja, das ist allerdings eine »größte Gefahr«, die »auf die ganze zivilisierte Menschheit alarmierend wirken muß!

Außerhalb jener mit Recht als so gefährlich bezeichneten Radio-Technik freilich (der Autor dieses Beitrages gesteht es freimütig, daß er davon nichts versteht und hoffentlich auch niemals etwas verstehen wird) wäre allerdings mit erheblich größerem Ernst zum »philosophischen« oder auch »weltanschaulichen« Hintergrund besagter Angelegenheit, sozusagen zu ihrer »Metaphysik« etwas zu sagen: Dieses Dritte Reich der Keimdrüsen und der Erbanlagen gründet sich nämlich intellektuell wie moralisch auf einen so handfesten Materialismus von Pech und Draht, daß alle jene braven Leuten am Anfang der — ach so liberalen — Zeitenwende im vorigen Jahrhundert, die erklärten: »Der Mensch ist, was er ißt«, in der Uebertrumpfung durch Hitler ihre nachträgliche Ehrenrettung erfahren haben. Das ist also der Aspekt, der quasi »weltanschauliches«, vom Wesen des Menschen, daß es auf die Keimdrüse und auf deren hermetischen Verschluss gegenüber den tückischen Radio-Sendern ankommt! F. E. Roth.

BdM tanzt

Eine deutsche Austauschschülerin, 17jähr., die mit ihrer Gruppe von fünfzehn Berliner Jungen und Mädchen in die Wirren des spanischen Bürgerkrieges geriet und nunmehr heimkehrte, erzählt in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« (Nr. 378):

»Können Sie sich vorstellen — und auch meine Mutter will mir das kaum glauben —, daß wir trotz aller Gefahr, trotz des Knatterns von Maschinengewehren, seelenruhig — getanzt haben? Was sollten wir anders machen, als die Zeit von einem Hören der Nachrichten bis zum andern gut ausfüllen?

Menschen bluten und sterben dicht vor der Tür? Nu wenn schon! Darf ich um den nächsten Tango bitten? — Aus diesem Material schmitzt man Heldenmütter.

Das deutsche Herz boxt

»Unsere jungen Boxer bestanden eine Feuerprobe ohnegleichen. Herz und Willen beflügelten die Fäuste.«

(»Preussische Zeitung« Nr. 228.)

Kube. Der abgesetzte Gauleiter und Oberpräsident Kube sitzt in strenger Haft in der Festung Küstrin.

Deutschland: Tausend Jahre Kirnes!
Tausend Jahre Reichsgestüt!
Auf der Wand des Lichtbildschirmes
springen zärtlich braune Böckchen
braunen Zickeln um die Böckchen
und veredeln das Gebiüt.
Rassenreine Ehrenmolche
schwinger hübsche kleine Dolche.

Wie die Dolche lustig blinken.
Friedlich schneiden sie die Schinken,
die geräuchert sind und tot.
Panzerwagen schleppen Braten,
Bombenflieger Wurstgranaten,
und der Train fährt Honigbrot.
Die Schlaraffenwürste fliegen,
daß sich alle Balken biegen
und der Film zu reißen droht.

Reißt er, endet das Vergnügen,
und die luftgeblähten Lügen
flattern trist nach rechts und links.
Ueber der zerfetzten Feier
schimmert durch den Wolkenschleier
nackt und bleich die Wahrheit rings.
Von den Alpen bis zur Küste
debt sich eine braune Wüste.
In der Wüste hockt ein Sphinx.

Feist behüten ihn Eunuchen
vor den Sklaven ohne Zahl,
die ihn bauten und ihm fluchen,
Vügte, die die Peitschen zücken,
beugen einem Volk den Rücken
vor dem Spuk aus Lehm und Stahl.
Deutschland muß sein Reich zerreden.
Deutschlands Sphinx frißt Blut und Boden.

Hinterhältig grinst die Fratze.
Ist es Drohung oder Schmus?
Reckt die breitgepranekte Tatze
sich zum Schlage oder Gruß?
Ein Gefolge brauner Schnaken
und vergierter Kakerlaken
leckt ihm eifrig Schwanz und Fuß.

Schäkernd tätscheln ihn Hyänen.
Esel tanzen um den Götzen.
Schmeichelnd dampft ihr Opferdung.
Der Geruch sträubt Löwenmähen.
Doch die Vipern in den Klötzen
züngeln vor Begeisterung.

Die Kamele, welche scheu
unter seinen Blicken rasten,
schwören loyal und treu
zitternd unter ihren Lasten
rückhaltlose Wiederkaü.

Straußen bergen Spatzenhirne
vor dem Spukbild in den Sand.
Und der Wandrer senkt die Stirne:
Sphinx, wann frißt du unser Land?

Duff schließt sich der Dunstverhang
wieder vor des Bildes Blöße,
und die Antwort ist Gestank.

Giftgestank wallt auf und zieht.
Louisa kocht brisante Klösse.

Mal'nend qualmt das Ruhrgebiet.

Der Rote Hans

Der Spanier

In Toulouse, an einem kleinen Hafen des Canale du Midi, der den Atlantischen Ozean mit dem Mittelmeer verbindet, erfolgte unsere erste Begegnung. Er war aus Cadix und fuhr nun schon 22 Jahre lang mit seinem motorisierten Schiff »Marie-Rose« immer zwischen Bordeaux und Zéte hin und zurück. Die Weine von Perpignan und der Gascogne in mächtig gewölbten Tonnen lasteten schwer auf dem bescheidenen Kahn und drückten ihn tief bis zur Fläche des Wassers herab. Was mich an diesen Mann fesselte? Ein unvorstellbar braunes Gesicht mit zwei hellen Augen, die von unzähligen kleinen Fältchen strahlenförmig umsäumt waren. Der Vierzigjährige hatte nach einer Pause von Jahrzehnten seine Mutter in der Heimat besucht und berichtete darüber gestreicht und übersprudelnd in einer Sprache voller Klang und Farbe, einem Französisch mit spanischen Wortbrocken.

Ich habe damals versucht, diesem Manne auch politisch nahezukommen. Es war vergebliche Mühe. Den Namen Marx hatte er noch nie in seinem Leben gehört, dafür verstand er um so mehr von allen Weinen des Landes und ihren Finessen, und als ich seine wohlgenährten Hühner, die auf dem Schiffe zwischen den Fässern krochen und pickten, bestaute, lud er mich zum sonntäglichen Poulet in der schmalen Kajüte ein. Ich lehnte ab, aber da blitzte er mich an: »Ich bin Patron, ich verdiene meine 1800 Franken im Monat und habe alles frei hier auf dem

»Aufregend interessant«

Hitlerismus und Wilhelmismus — auch der deutschfreundlichste Schweizer sieht keinen Unterschied.

Der »Bund« in Bern hat sicher eine ganze und lange deutschfreundliche Tradition zu verlieren. Aber er achtet, auch gegenüber dem jetzigen Hitlerdeutschland, sorgsam darüber, daß er das nicht tut. Während des Weltkrieges war er der förmliche Anwalt des durch Hindenburg-Ludendorff verkörperten militanten Germanismus und sein einziger Stagemann — man sagte ihm damals nach, daß er direkt von der Obersten Heeresleitung inspiriert werde — hat zur Zerstörung der feindlichen Propaganda sicherlich mehr beigetragen, als der unmittelbare Vorgänger des Göbbelministeriums, das Kriegspresseamt seligen Andenkens mit allen seinen 500 oder auch 1000 monokelwetzenden Offizieren in Berlin zusammen.

Und da hat dem Schweizer Blatt jetzt der reichsdeutsche Verlag, die Frankische Buchhandlung, seine letzte Neuerscheinung — Paul Sethe, »Im Banne der Grauen Eminenz« — als Rezensionsexemplar übermittelt. Die »Graue Eminenz« ist — in historisierender Anspielung auf den Vertrauten des großen Richelieu, den Kanzler des vierzehnten Ludwig — jener geheimnisumwitterte Geheimrat Friedrich von Holstein im Berliner Auswärtigen Amt zur letzten Kaiserzeit, der Todfeind Bismarcks, Großverdiener in politischen Börsenmanövern, die er selbst inszenierte, Intrigant im tiefsten Dunkel der anonymen Geheimrätschaft, menschen-scheu, lichtscheu, moralscheu... Das alles hat Sethe in seiner Korruption, in seinem Bombast, in seiner falschen Ruhmredigkeit gesehen und beschrieben. Und nun schreibt dazu der »Bund«:

»Für Reichsdeutsche, die politisch denken, muß es fast aufregend interessant sein, auch in diese unter der Diktatur veröffentlichten Darstellung des wilhelminischen Regiments den schonungslosen Nachweis der Folgen eines Systems zu lesen, das nur eine Meinung, nämlich die des Herrschers, duldet, vor der jeder bürgerliche Mut zur Wahrheit erstirbt, während der Herrscher im Dunkel über das gehalten wird, was die Leute denken und wie es die Parasiten des Systems treiben.«

Die Buchkritik schließt mit dem ausdrücklichen Hinweis auf solche frappante Analogie: Wilhelm-Hitler! So urteilt also ein wegen seiner Deutschfreundlichkeit bekanntes und in derselben Sache sogar verdientes Blatt der Schweiz. Aber auch die Analogie Wilhelm-Hitler stimmt doch nicht ganz; sie stimmt nicht ganz — zugunsten Wilhelms nämlich! Denn schließlich hat der letzte Hohenzoller von den Börsenmanövern und landesverräterischen Spekulationen seines Holstein wirklich nichts gewußt, der Hitler aber —? Nun, er hat sicher den Reichstag nicht gerade persönlich angezündet!

F. E. Roth.

Schiff. Ich bin fremd hier im Land, grad so wie Sie. Wir sind Kameraden, verstehen Sie, und wenn es Ihnen mal an was fehlt, so wissen Sie, daß ich jeden Monat hier vorbeikomme.«

Diese Einladung liegt ein Jahr zurück. Jeden Monat sagten wir uns Guten Tag, der Schweiz perlte auf seiner Stirn, wenn er unermüdlich die Zangen des Krans um die Ränder seiner Fässer preßte. Er rollte sie in unendlicher Reihe über das harte Kopfplaster der Straße am Canale, eine wohlgeordnete und tuftende Bastion, über die Kinder hüpfen, bis der Abtransport erfolgte.

Vor vierzehn Tagen sahen wir uns wieder. Er stürmte auf mich zu: »Kamerad, ich muß Ihnen Lebewohl sagen. Ich muß mit herüber, ich muß mitkämpfen mit den anderen. Zu sieben Mann gehen wir morgen los. Die Bande da drüben darf nicht gewinnen, die Spanien auf dem Gewissen hat. Die Generale, die Kirche...« Seine Augen blitzten, er warf die Arme hoch und schrie beinahe. »Und das Schiff?« fragte ich. »Was geht mich noch das Schiff an? Ich habe mit dem Verleger abgerechnet, 22 Jahre haben wir zusammen gearbeitet, und nun versteht er mich nicht, daß ich weg will. Die »Marie-Rose« wird einen andern finden. Bei den sieben Kameraden, die wir morgen über die Grenze gehen, sind Familienväter mit zwei, mit vier Kindern. Da soll ich zurückbleiben?« Ich bohrte weiter mit meinen Fragen, denn mein Freund war auf einmal von einer Leidenschaft durchschüttelt, die alle gewohnten und bekannten Maß-

stäbe eines kämpferischen Proletariats überschritt. Ich wollte wissen, zu welcher Partei er gehört. Er sah mich erstaunt an: »Partei? Partei? Darum geht es doch nicht. Es handelt sich um die Freiheit!«

Dann nahmen wir Abschied voneinander.

Vier Tage später kam eine Karte von der französischen Grenze, vom Pont des trois Roys, worüber die Fahrstraße nach Barcelona geht. »Dem Kameraden einen Gruß. Gleich sind wir drüben.« Darunter sieben Unterschriften. Mit ungelinker Hand war daneben eine geballte Faust gemalt. Andreas.

Die Pleite der K. O.

Die wirklichen Künstler boykottieren den braunen Wettstreit.

Wie die deutsche Presse berichtet, soll die Kunstolympiade angeblich mit einem »überlegenen Sieg für Deutschland« geendet haben. Das Dritte Reich ersiegte 12 Medaillen. Kunststück, wo ja doch jede freiheitliche Gesinnung von vornherein sämtliche deutschen Kunstfeldweibel gegen sich haben mußte und eine beträchtliche Schar Künstler schon deshalb auf eine Beteiligung an solcher Sorte Wettbewerb verzichtete. Das geht hervor aus verschiedenen Kommentaren der Blätter. So schreibt »Der Westener«:

»Um so mehr möge das Ergebnis nun alle Nationen anfeuern, sich bei den nächsten Olympischen Spielen reger und vollzähliger am Kunstwettbewerb zu beteiligen als diesmal. Es sollte nicht mehr vorkommen, daß in einzelnen Kunstarten überhaupt keine

Positive Meckerer

Ein Kapitel von Haarfarbefetischismus, Wasserstoffsuperoxyd und Irrfahrten im Glauben

tückischer Parasit angesiedelt, den Otto Herrmann zur Warnung für die deutsche Volksgemeinschaft aufspielt: der »positive Meckerer«. Man kannte bisher nur den simplen Wald- und Wiesen-Meckerer, der infolge »negativer« Einstellung das Regime und seine großen Männer verunglimpft und dafür rechtens mit Gefängnis und Konzentrationslager bestraft wird. Was aber ist der neue »positive Meckerer?« Otto Herrmann klärt uns darüber folgendermaßen auf:

»Es hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß jenem Typ des kleinlich unzufriedenen, ewig nörgelnden, dem die Gegenwart den weniger schönen als treffenden Namen »Meckerer« gegeben hat, genau eine andere, nicht weniger kleinliche Spielart entspricht, die auf den ersten Blick das Gegenteil zu sein scheint. Diese Spielart geht in ihrer Unzufriedenheit nicht vom Negativen aus, sondern verlangt vielmehr mit deutlich ausgesprochener Zustimmung zur Grundhaltung ihre weiteste Ausdehnung und Geltung... Diese Spielart unberufener Zeitbeurteiler ist eine Art positiver Meckerer, die man als Irrfahrer der guten Absicht und der rechten Grundsätze bezeichnen könnte. Meckerer mit umgekehrten Vorzeichen sind sie, weil sie trotz bester Absicht nicht aufbauen, sondern verwirren. Ihre Verwandtschaft mit den eigentlichen Meckerern wird sofort einleuchten, wenn man bedenkt, daß es sich in beiden Fällen um eine Stellungnahme zum Geschehen und zum Geist unserer Zeit handelt, die aus dem Geltungstrieb des Unzulänglichen stammt, die den Mangel der

eigenen Leistung durch eifrige Versicherungen ihres Besserwissens zudecken wollen.«

Nietzsche spricht einmal von der Sehnsucht nach dem »gefährlichen« Leben, das den wahren Uebermenschen erfüllen müsse. Seine Forderung ist für Deutschland in überaus reichem Maße erfüllt worden. Gibt es irgendwo in der Welt eine gefährlichere Situation als hier, wo der buchstabengetreueste Anhänger der Lehre und des Glaubens, der unbedingte und leidenschaftliche Jäger als »Besserwisser«, als »lächerlicher Irrfahrer«, als »Haarfarbefetischist« gebrandmarkt wird, wenn er die rassistisch-biologischen Grundforderungen allzu wörtlich nimmt? Wer kennt sich da überhaupt noch aus? Schon beginnt die Lage für den »positiven Meckerer« noch katastrophaler zu werden, als für den »gemeinen«, denn dieser ist nicht so hintergründig wie der andere, der partout sein Blond verlangt und schwarzhaariges Gezeug konsequent dem Lindwurm zum Fraße vorwerfen möchte. Vielleicht erleben wir in Kürze neue Volks- und Sondergerichte gegen die allzu fanatischen Bejager, die an den Wurzeln der Volksgemeinschaft nagen.

Wo ist aber dieser neueste innerpolitische Gefahrenpunkt entstanden? Auf der Ebene des deutschen Films, die immer schon voller Mikroben war. Eine »durchaus ernsthafte Zeitschrift« — so nennt sie Otto Herrmann — hatte sich jüngst dagegen gewandt, daß man westlich und östlich aussehende Darstellerinnen wie Jenny Jugo und Lucie Englisch »liebenswerte Idealgestalten« spielen lasse, nordisch aussehende Frauen aber »unweigerlich unsympathische Rollen« bekämen. Der ritterliche Herrmann proklamiert dem gegenüber das Recht für jede deutsche Schauspielerin, ihren »Typ« zu spielen. Man wisse ja ohnehin nicht, ob Wasserstoffsuperoxyd ein echtes Rassenmerkmal sei, das im Kino oft nur als das Zeichen des Erfolgs gelungener Friseursarbeit angesehen werden müsse.

Nur im Kino? Ist nicht das ganze Dritte Reich eine einzige Ondulierung auf falschen blonden Locken? Freilich, wir haben gegenüber dem tapferen Herrmann den Verdacht, daß er diesen mutigen Kampf gegen das privilegierte arische Wasserwellengepränge nicht ohne hochmögliche Helfer im Rücken aufgenommen hat. Die dunkelhaarig-östische Jenny Jugo gehört nämlich zum engeren, häufig fotografierten Freundeskreis von Joseph Göbbels und Frau Magda, und wer bei diesen Soupers das blonde Haar in der Suppe vermischt, der hat das Brandmal des »positiven Meckerers« sich selber zuzuschreiben.

Harald.

lich! Hält man das mit der totalen Rückgangszahl vergleichsweise zusammen, kann man sich ungefähr ein Bild von dem wilden Andrang der ganz Mittellosen auf die »Herbergen« beziehungsweise Nachtsytle im Dritten Reich machen! Wer früher von seinem »Verband« immerhin noch das notwendige Zehr- und Uebnachtungsgeld erhielt, liegt jetzt ganz Mutter Grün oder dem Herbergsvater zur Last. Die private Mildtätigkeit aber ist durch »NS-Volkswohlfahrt« und andere System-Bettelei so gut wie abgestorben. Es hat also noch eine weitere riesige Verelendung der schon genug Elenden stattgefunden — was denn auch in der Tat dem wirklichen sozialen Status des Dritten Reiches, nachweisbar auf auch allen anderen Gebieten, entspräche.

»Nur volle Unterwerfung«

»Es ist klar, daß bei dieser Weiterentwicklung im Geiste des Nationalsozialismus über alle Widerstrebenden hinweggeschritten wird. Wir Nationalsozialisten verlangen grundsätzlich nur, daß sich der Beamte diesen, den Staat tragenden Ideen des Nationalsozialismus voll und ganz unterwirft.«

(Gauleiter Koch bei der Verpflichtung des neuen ostpreussischen Landeshauptmanns von Wedelstädt.)

Preise verteilt werden können, wie es jetzt bei der Graphik, Dramatik und bei Kompositionen für ein Instrument der Fall war, oder auch nur, daß in der Malerei, bei Zeichnungen, Aquarellen und Plaketten die goldenen Medaillen ausfallen.«

Wer aber ist schuld an dieser Pleite? Selbstverständlich die mangelhafte Propaganda in anderen Ländern:

»Bei der Propagierung dieser geistigen Seite der Idee Coubertins haben aber noch die Veröffentlichungsmittel in den verschiedenen Ländern, ob es nun Zeitung, Zeitschrift, Funk oder Film ist, in großem Umfange versagt. Es ist bezeichnend für die Kulturlage des 20. Jahrhunderts, wie unverhältnismäßig gering das öffentliche Interesse auch 1936 an dem Kunstwettbewerb gewesen ist, wenn man an den Riesenaufwand denkt, der den sportlichen Veranstaltungen gewidmet wurde.«

Das Interesse an diesem Wettbewerb mit Maulkorb war eben so gering, wie seit drei Jahren das allgemeine Interesse an der deutschen Kunst. Es war ein regelrechter Boykott, durchgeführt von den wirklichen Künstlern.

Preislyrik

Die ostpreussische Gaufunkstelle veranstaltete in verschiedenen Städten ein Preiswettbewerb: »Gesucht wird der beste Werbespruch für den Volksempfänger: Wie die braune Presse meldet, wurden u. a. die folgenden Sprüche durch Preise ausgezeichnet:

»Wer mit dem Volksempfänger Rundfunk hört, dem ist das Leben noch einmal soviel wert.«

»Du knüpfst im Betrieb der Gemein-

schaft Band, wenn Du einen DAF-Empfänger hast zur Hand.«

»Das Neueste im Weitenrund, der Volksempfänger tut es kund. Doch wenn nun gar der Führer spricht, fürs deutsche Herz gibts schöneres nicht.«

Die nationalsozialistischen Rundfunke Ostpreußens sollten als Preisrichter zur Kunstolympiade entsandt werden.

Nicht ganz zufrieden?

»Es tut mir immer weh, wenn der eine oder der andere meist noch recht jugendliche Deutsche, den das gewöhnlich gar nichts angeht, über die Frontsoldaten urteilt: »Ja, die Taten der Frontsoldaten in hohen Ehren! Aber ihr tatet, weil ihr müßtet! Ihr zogt nicht freiwillig in den Krieg, sondern weil es eure Pflicht war, weil man euch eingesperrt oder an die Wand gestellt hätte, wäret ihr fahnenflüchtig geworden. Die politischen Soldaten aber taten alles, was sie taten, freiwillig. Sie zwang niemand. Sie folgten dem Führer aus eigenem Willen. Darum haben die politischen Kämpfer auch Frontsoldaten gegenüber ein großes Plus!«

So etwas gibt Verärgerung, gibt Spannung zwischen jung und alt...«

(»Fridericus.«)

Steuer-Olympiade

Um die während der Olympiade verpulverten Propaganda-Millionen wenigstens zum Teil wieder hereinzuholen, werden deutsche Olympia-Marken mit einem Ueberpreis von 66 2/3% (eine 6-Pfennig-Marke für 10 Pfennig) verkauft. Eine herrliche Gelegenheit, auch von Nichtdeutschen eine Steuer einzuziehen! »Philatelisten aller Welt, kauft deutsche Olympia-Marken (Wir sind pleite)!«

„In Deutschland ist alles besser geworden“

90 Prozent der Hausgehilfen gegen die Arbeitsfront —
86 Prozent der Holzarbeiter gegen Nazipresse

Unter Führung von »Kraft durch Freude« haben, wie die Deutsche Arbeitsfront berichtet, 50 Griechinnen eine Fahrt durch die deutschen Gauen gemacht, und ihre Wortführerin hat beglückt ausgerufen:

»Heute ist alles so froh und lebendig, daß es ohne weiteres klar wird, daß im neuen Deutschland alles besser geworden ist.«

Die Berichte der sozialistischen und der gewerkschaftlichen Vertrauensleute sprechen eine andere Sprache. Aber selbst die Mitteilungen der Arbeitsfront lassen zwischen den Zeilen erkennen, daß die Lage der Arbeiter und Angestellten nicht besser, sondern schlechter geworden ist. Dabei bedient man sich folgenden Tricks: Im ersten Teil der DAF-Artikel wird an den sozialen Zuständen von früher eine vernichtende Kritik geübt, dann wird sachte zugegeben, daß es immer noch »Querulanten« unter den Unternehmern gibt, und schließlich wird festgestellt, daß die heutigen unsozialen Zustände auf das Schuldkonto der früheren Epoche zu verbuchen sind.

Not der älteren Angestellten

So befaßt sich die »Deutsche Arbeits-Korrespondenz« mit dem Stellenmarkt der Angestellten und faselt von der himmel-schreienden Not der älteren Angestellten in der Zeit vor Adolf Hitler. Und heute?

»Wenn der Kreis der Älteren noch nicht restlos eingebaut werden konnte, so ist das der Auffassung einer vergangenen Epoche zu verdanken, die die Ware als das Wesentliche ansah, jedoch den Menschen erst in zweiter Linie im Spiel der Zahlen wertete.«

Das Institut für Konjunkturforschung teilt in seinem Wochenbericht mit, daß die »Not- und Grenzgebiete immer noch eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit ausweisen und bemerkt:

»Dasselbe gilt auch für die älteren arbeitslosen Arbeiter und Angestellten, deren Zahl ebenfalls außerordentlich hoch ist.«

Warum beharrt der Direktor darauf, »daß der 25jährige Buchhalter dem 50jährigen vorzuziehen ist?«

»Weil der Herr Besserwisser oder Herr Trauerweide an die Zeiten von vor sechs oder vier Jahren ergebnislos erinnert wird.«

Hausgehilfen pfeifen auf die Arbeitsfront

Die Besetzung der Arbeitslosigkeit beruht, soweit es sich um die Hausgehilfen handelt, auf dem Geheimnis, daß arbeitslose junge Mädchen in großer Zahl den wohlhabenden Familien ohne Lohn und lediglich gegen Gewährung des Unterhalts aufgezogen werden. Die DAK wundert sich nun über die Klagen der Hausfrauen, daß ihre verzweifelten Hausgehilfinnen »die Stellungen ohne Kündigung« fluchtartig verlassen. Die DAK richtet daher an die bedauernswerten Hausfrauen die Bitte, für den Beitritt der Hausangestellten zur Deutschen Arbeitsfront sorgen zu wollen. Die DAF allein verbürgt »die Zuverlässigkeit der zu Vermittelnden.«

»Nach genauer Prüfung der Dinge konnte festgestellt werden, daß 90 Prozent dieser Hausgehilfen der Deutschen Arbeitsfront nicht angehörten.«

Um dem Uebel abzuhelfen, hat die »Reichsfachgruppe Hausgehilfen« eine Reorganisation durchgeführt und drei Fachschaften für Küche, Haushalt und Wirtschaft errichtet. Die letzte hat fünf Sparten: 1. Gärtner, 2. Wirtschaftsgelieferten, 3. Kraftfahrer, 4. Diener, 5. Diener, Kutscher, Kraftfahrer. Nun werden die »Herrschaften« der Volksgemeinschaft dafür sorgen, daß ihre Bedienten alle Mitglied der DAF werden. Die Fachschaft könnte ihre unständliche Gliederung vereinfachen und drei Gruppen schaffen: Diener, Knechte und Mägde.

Holzarbeiter lehnen die Arbeitsfrontpresse ab

Die Arbeitsfront gibt in ihrer Propaganda meist nur Gesamt-Mitgliederszahlen an, die sich zwischen 22 bis 25 Millionen bewegen. Da es sich um Zwangsmitgliedschaften handelt, geben die Zahlen auch keinerlei Aufschluß über die innere Einstellung der Arbeiter und Angestellten. Ein Gradmesser für die Ablehnung dieser Arbeiterkassernen ist in der Zahl der Leser der einzelnen Fachblätter zu finden. Hier kann der Ley z. B. bei den Holzarbeitern folgendes Fiasko feststellen: Nach der letzten Berufszählung umfaßt das Holz- und Schnitzgewerbe an Erwerbstätigen insgesamt 886.737 Personen. Die Auflage des Fachblattes aber wird jetzt mit nur 124.000 angegeben. Trotz Zwang und Ter-

ror lehnen also 86 Prozent der Berufszugehörigen das Fachblatt und damit den ganzen Schwindel der Reichsbetriebsgemeinschaft offen ab. Die »Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften« schreibt treffend:

»Die Holzarbeiter mögen weder die Nationalsozialisten noch ihre »Leistungen.«

Eine dieser »Leistungen« ist der Schwund der Löhne bei gleichzeitiger Verminderung der Kaufkraft. Die amtliche Lohnerhebung in der Holzindustrie zeigt bei aller Unvollständigkeit der Nazi-Statistik:

1931	Nettolohn
.....	40.78 RM
1935
.....	28.86 RM

Elftausend Berliner Buchdrucker arbeitslos

Die faustdicke Lüge über den angeblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit wird wieder einmal von der Arbeitsfront selbst enthüllt. Der »Korrespondent« gibt die Zahl der arbeitslosen Buchdrucker für ganz Deutschland mit nur 15.000 an. In einem Gerichtsbericht aus Berlin aber heißt es:

»Kreis-Verwaltungsgericht Niederbarnim. Einer der 11.000 Berliner Buchdrucker, der 59jährige Ernst Heinze, der in der Siedlung an der Persantstraße in Bernau ein kleines Anwesen sein eigen nennt, möchte sich durch Eröffnung einer Schankwirtschaft eine neue Existenz schaffen... Kr.-Verw.-Gericht Niederbarnim beschloß...«

Leistungen der Arbeitsfront

Während so das Elend der Arbeiter aller Berufe weggelogen wird, übt sich die Arbeitsfront in »Schönheit der Arbeit«:

»Kraft durch Freude im Spiegel der Woche. Die bekannte Großdruckerei Hentes in Köseln hat in gemeinschaftlicher Arbeit sämtliche Fenster ihres Betriebsgebäudes mit Blumenkästen geschmückt.«

Da die bunt geschmückten Fenster der Betriebsstätten aber keinen genügenden Unfallschutz bieten können, muß die DAK zugeben,

Nicht arbeiten - marschieren!

Zu den Besonderheiten der Nürnberger Parteitage gehört es, daß größere Gruppen von jungen Leuten aus den verschiedensten Teilen des Reiches nicht wie die übrigen Teilnehmer mit der Eisenbahn verfrachtet, sondern zu Fuß nach Nürnberg entsandt werden. Manche Propagandamärsche dieser Art dauern wochenlang. Die ostpreußischen Burschen z. B. — »stramme Söhne des deutschen Ostens« werden sie in den braunen Zeitungen genannt — kehren erst nach 1 1/2 Monaten in ihre Heimat und an ihre Arbeitsplätze zurück. Der Beruf wird einfach so lange an den Nagel gehängt, denn die Arbeit ist ohnehin Nebenberuf geworden, der Parteirummel ist die Hauptsache. Die ostpreußischen Naziblätter schreiben allerdings:

»Kein Betriebsführer wird einen Lehrling leicht sieben Wochen entbehren, und doch ist es so, daß es Teilnehmer der Marscheinheit Ostland gibt, die für den Adolf-Hitler-Marsch frei bekommen haben, weil ihre Leistungen eben so gut sind, daß die anderthalb Monate Urlaub ihrer Ausbildung nicht schaden können!«

Und das könnte ja beinahe so aussehen, als läge die Entscheidung bei den Arbeitgebern, die ihren tüchtigsten jungen Leuten freiwillig »freigegeben« dürfen. Eine Notiz in den Berliner Zeitungen rückt die Angelegenheit allerdings in ein anderes Licht:

»Die Reichswirtschaftskammer hat an die Betriebsführer die Aufforderung gerichtet, den Gefolgschaftsmitgliedern, die laut Bescheinigung der zuständigen Parteistellen für die Teilnahme an dem diesjährigen Reichsparteitag in Nürnberg aussersehen sind, den hierfür erforderlichen Urlaub ohne Anrechnung auf den den Gefolgschaftsmitgliedern sonst zustehenden vertraglichen oder tariflichen Urlaub zu gewähren.«

Also nicht die gute Meinung des Betriebsführers, sondern die »Bescheinigung der Parteistelle« gibt den Ausschlag. Da der übliche Urlaub neben dem Parteitagurlaub bestehen bleibt und da auch sonst viele Wochen für »Schulungslehrgänge«, »Übungen« und andere »Dienstobliegenheiten« draufgehen, ist so ein junger Bursche einen beträchtlichen Teil des Jahres unterwegs. Die Lehrlinge marschieren — und der im Dritten Reich viel beklagte Facharbeitermangel marschiert auch. Wo so viele Entgleiste an der Spitze eines Staates stehen, muß die Achtung vor planmäßiger und ausdauernder Arbeit sinken.

daß die Schadenverhütung in der deutschen Wirtschaft nicht funktioniert. Die »Reichsarbeitsgemeinschaft Schadenverhütung« hat feststellen müssen, daß der Verlust an sachlichen Werten und an menschlicher Arbeitskraft im Jahr rund fünf Milliarden betragen hat.

»Das Beklagenswerte dabei ist, daß 75 Prozent des Schadens durch Selbstverschulden verursacht ist.... Ganz unersetzlich ist für die Volkswirtschaft der Verlust an Arbeitskraft, wobei einmal ganz davon abgesehen sein soll, wieviel Lebensglück dabei im einzelnen zerstört wird und wieviel menschliches Leid dadurch verursacht wird.«

Sie reden von der »Schönheit der Arbeit« und haben in ihrer Erziehung zur »Volksgemeinschaft« die profitlichen Unternehmer noch nicht einmal zur Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften bewegen können.

Aber ein »Erfolg« der Deutschen Arbeitsfront soll nicht verschwiegen werden, denn er kennzeichnet sie. Bis zum 1. September werden 216 Millionen Arbeiter und Angestellte mit dem Arbeitsbuch ausgestattet sein.

»Von diesem Tage ab darf kein Arbeiter und Angestellter beschäftigt werden, der nicht im Besitz des Arbeitsbuches ist.«

Das Dritte Reich hat zur höheren Ehre der Arbeit die mittelalterliche Gesindeordnung wieder hergestellt. Und noch eine Freude des Lebens weiß die Arbeitsfront den Hörigen in Deutschland bekanntzugeben. Auf der Freilichtbühne des Reichssportfeldes ist die »Kraft-durch-Freude«-Großtonorgel den deutschen Schaffenden vorgestellt worden. Tonerzeugung, Klangfarbe und elektrische Schwingungserzeuger werden den Arbeitern genau erläutert. »Der Großtonorgel sind in der Lautstärke kaum Grenzen gesetzt.« Wenn es auf die Lautstärke ankäme, wäre die soziale Frage im Dritten Reich schon gelöst.

Enttäuschte Handwerker

Unter der Überschrift: »Die Belegung und das Handwerk« ist in einem Artikel in der »Frankfurter Zeitung« u. a. zu lesen:

»... Von den Schlossereien verzeichnen die kleineren Betriebe eine geringere Beschäftigung... Inbesondere hört man Klagen, daß die Heeres-Bauämter die Schlossereien bei der Auftragsvergabe noch zu wenig bedenken... Auch im Handwerk bleiben diejenigen Zweige zurück, die aus dem Sondercharakter der allgemeinen Belegung mittelbar oder unmittelbar nur wenig Nutzen ziehen können. Ueber schlechte Beschäftigung klagen allgemein die Bürsten- und Pinselmacher, die Musikinstrumentenmacher und die Drechsler... Die ländlichen Stellmacher und Schmiede klagen über Zurückhaltung der Bauern in der Auftragserteilung... Außerordentlich schleppend sei auch die Bezahlung der Arbeiten durch die bäuerlichen Kunden... Bei den Korbmachern hat sich die Lage dadurch verschlechtert... Eine ständige Einbuße bedeutet hier die Gefängnisarbeit... Bei den Buchdruckern hat die Auflösung vieler kleiner Zeitungsbetriebe einen empfindlichen Auftragsausfall verursacht. Im Nahrungsmittelhandwerk sei die Lage der Bäckerleuten noch immer sehr angespannt; die Verschuldung wird als recht hoch bezeichnet. Bei den Uhrmachern ergibt sich ein Ausfall an Reparaturen... Ganz ähnlich bringt die Ausbreitung des billigen Gebrauchsschuhes den Schuhmachern einen erheblichen Ausfall an Reparaturen.«

So sieht also die »Belegung« des deutschen Handwerkes aus! Kaum ein wichtiger Zweig, der nicht über geringere Beschäftigung, über Auftragsrückgang, Verschlechterung der Lage oder über Verschuldung klagt.

Diese Schilderung kommt der Wahrheit viel mehr näher, als jene rosig gefärbten Darlegungen, die zu Propagandazwecken gegeben werden. Sie deckt auch die Ursachen der wachsenden Unzufriedenheit auf, die gerade die Handwerker, die sich von der Hitlerherrschaft sehr viel versprochen haben, in breitem Umfang erfaßt hat.

Grabdenkmal-Inschriften unter Zensur!

Die »Frankfurter Zeitung« meldet: Das Konsistorium der Provinz Brandenburg hat im Hinblick auf unliebsame Vorkommnisse angeordnet, daß für alle Inschriften auf Grabdenkmälern auf kirchlichen Friedhöfen die vorherige Zustimmung des zuständigen Gemeindefriedhofrates einzuholen sei.

Die Folter

Durch die nationalsozialistische Presse geht ein Artikel »Zweikampf oder Folter?«. Darin heißt es:

»Die nationalsozialistische Regierung hat das Recht auf den Zweikampf zur Reinhaltung der eigenen Ehre wiederhergestellt. Nur wenige wissen, daß der Zweikampf nicht etwa eine Erfindung der studierenden Jugend oder der alten Studentenverbindungen war, ja, daß er nicht einmal auf das ritterliche Turnier zurückgehen dürfte, sondern daß seine älteste uns bekannte Form bäuerlichen Ursprungs ist und aus der Rechtspflege unserer Altvordern stammt. Man betrachtete den Zweikampf als eine Art Gottesurteil des Freien.«

Erst im 13. Jahrhundert, als infolge fremder Einflüsse die führenden Schichten des Volkes dem alten Geiste entfremdet waren und als das Römische Recht über die alte deutsche Rechtsauffassung gesiegt hatte, drang von Italien her die Folter in unsere Rechtspflege ein, die dem Angeklagten die Möglichkeit nahm, sich zu verteidigen, und die ihm in der grausamsten und unmenschlichsten Weise der Willkürsadistische Schergen auslieferte. Wer sich den Unterschied zwischen dem Zweikampf vor Gericht und der grausamen, welch unsagbare Unterschied besteht zwischen der alten germanisch-deutschen und der späterhin eingedrungenen fremden, römischen Rechtsauffassung.«

Daß es inzwischen einmal eine Rechtsprechung gab, die ohne den »Zweikampf der Freien« und ohne die Folter (etwa in den Gestapokellern oder im KZ) auskam, kann sich ein richtiger brauner Neugermane gar nicht mehr vorstellen.

Melodik

In den sogenannten Wehrbellagen der Hitlerpresse macht ein Aufsatz, gezeichnet Dr. A. Büchner, die Runde, in dem es wörtlich heißt:

»Fragt ein Kind, wie die Wanduhr spreche, es wird sagen: »Tik-tak!« Die Glocke vom Kirchturm? »Bim-bam!« Und das Mühlrad? »Klipp-klapp!«

Aber wie spricht der Schuh? Unser Kind wird antworten »Piff-paff!« oder »Bum!«

Der Kämpfer des Weltkrieges faßt den Gewehrschuß lautlich in verschiedenster Weise auf: »Päng! Päng!« hört der eine, der andere »Pitsch! Pitsch!«, »Krach, krach!«, »Pam, pam!«, »Zim, zim!«

So geht es drei Spalten lang weiter, alle erreichbaren kriegerischen Lautmalereien bekannter und unbekannter Schriftsteller von Lillencron bis Schmidkunz werden zitiert (staktaktaktak, i-i-hi-hi, bau-u-u-luulululu-ch-sch-ach, trachtarararach!), und überschrieben ist das Ganze: »Harmonik und Melodik unserer modernen Feuerwaffen.« — Noch ein paar Jährchen so weiter und die Musiker werden Maschinengewehre im Konzertsaal auffahren müssen, wenn sie deutschen Ohren schmeicheln wollen.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.06 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.